

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen Viertelj. 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. ausschließlich Bestellgeld.

Redaktion: Lauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5-spaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Lauchaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertag geschlossen.

Tageskalender.

Der Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich läßt einen Zollkrieg als bevorstehend erscheinen. (Siehe Leitartikel.)

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Limbach siegte die sozialdemokratische Liste mit 12 Kandidaten. (Siehe Sächsische Angelegenheit.)

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Dresden siegte die reaktionäre Liste mit etwa 1000 Stimmen Mehrheit. (Siehe Sächsische Angelegenheiten.)

Die Begründung der neuen Militärvorlage enthält grobe Entstellungen der Tatsachen. (Siehe Politische Uebersicht.)

Das Oberkriegsgericht zu Deutschkrone verurteilte wegen eines geringfügigen Vorfalls drei Soldaten zu insgesamt 18 Jahren Zuchthaus. (Siehe Deutsches Reich.)

Im Gelsenkirchner Prozeß wurde heute das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagte meldeten Revision an. (Siehe Deutsches Reich.)

Die Japaner eroberten den 208 Meter-Hügel. (Siehe Letzte Nachrichten.)

Zollkrieg in Sicht!

Leipzig, 1. Dezember.

Graf Rasadowsky ist unberrückter Dinge von Wien zurückgekehrt. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn sind gescheitert. Der Zollkrieg steht bevor. Die Wiener Regierungspresse hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß ausschließlich die agrarischen Forderungen diesen Ausgang verschuldet haben. So mußte es kommen. Die deutsche Regierung, der deutsche Reichstag haben sich vor der agrarischen Raubgier gebeugt, die agrarische Korruption hat die bürgerlichen Parteien verführt, die Geschäftsordnung, die Verfassung sind von der Kotte Wassermann-Rardorf-Spahn mit Füßen getreten worden, — und das alles um nichts! Das deutsche Volk ist am 16. Juni über die Mehrheit dieses Krantjunker- und Krantbauernparlamentes zu Gericht geseßen und hat ein moralisches Verdikt über sie ausgesprochen, allein es hat nicht die Kraft in sich gefunden, mit dieser verbrecherischen

Staatsstreichmehrheit so gründlich aufzuräumen, wie sie dies verdient hatte. Nun kommt das Ausland und übernimmt das zweite, das endgültige Gericht über die Wassermann-Spahn-Rardorffsche Räuberbande; dieser Zolltarif, den eine gewissenlose Regierung und eine ehrlose Reichstagsmehrheit durch brutale Vergeßlichkeit erpreßt und ergaunert haben, wird vom Ausland in Fesseln gerissen und den Bülow und Rasadowsky ins Gesicht geworfen. Das ist die Nemesis für das Verbrechen in der Nacht des 13. Dezember, das ist das Resultat einer Regierungspolitik, die mit einer beispiellosen Verfaßtheit, mit einer an die Grenze der Unzurechnungsfähigkeit gehenden Gefinnungslosigkeit gewurstelt hat, und einer zynisch-frivolen Interessenpolitik, die in der Staatsgewalt nur ein Mittel zur Auspönerung der unteren Volksmassen sieht und die ganze werktätige Bevölkerung dem agrarischen Monopol und den Monopolen der Industriefaktelle tributpflichtig machen will. Diese verbrecherische Politik findet jetzt ihre Grenze am Ausland; das Deutsche Reich ist unter der Herrschaft Rasadowsky bereits soweit gekommen, daß es im Ausland ein Negativ für seine unter Leitung der Regierung auseinanderstrebenden und staatszerstörenden Kräfte finden muß; wenn wir die Staatskunst dieses genialen Diplomaten noch lange genießen sollten, so werden wir bald vom Ausland mitregiert werden, wie die Türkei.

Die deutschen Offiziosen wollen die beschämende Niederlage ihres Chefs noch verschleiern. Die in den letzten Blättern liegende Nationalzeitung, die man in wenigen Wochen schon darum für nichts mehr verantwortlich machen kann, weil sie nicht mehr da ist, wird dem Bülow'schen Reflamwagen vorgespannt, um das Publikum zu beschwindeln. Es hilft nichts: wenn die deutschen Offiziosen lügen müssen, so sagen die Offiziosen in Wien und Budapest dreimal die Wahrheit: der Zollkrieg kommt, und Graf Bülow wird ihn zu verantworten haben. Denn die Jesuiten des Zentrums, die Bahren und Spahn, und die Jesuiten der Bourgeoisie, die Nationalliberalen mit dem Jesuitengeneral Wassermann an der Spitze, haben offiziell keine Verantwortung: hätte nicht die Regierung in letzter Stunde dem Kompromiß der Brutalität und Raubgier ihren Segen gegeben, so wäre das infame Werk nicht gelungen.

Der Zollkrieg kommt! Graf Bülow weiß es nicht erst seit heute. Als am 26. Juli 1901 der Reichsanzeiger das Monstrum eines Zolltarifs veröffentlichte, mußte, kam schon tags darauf die Antwort aus Wien. Das Wiener Fremdenblatt, das Blatt überstaatsmännischer Mäßigung, schrieb prompt, daß man sich angesichts dieses

Tariffentwurfs mit der Möglichkeit eines Konflikts bereits jetzt vertraut machen müßte, und der Pester Lloyd schrieb, daß auf dieser Grundlage der Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich ganz unmöglich sei. Und, fuhr der Pester Lloyd fort, — „es wäre doch allzu optimistisch, wollte man sich bedingungslos der Inverschuldung überlassen, daß die schreiende Anomalie eines Zollkriegs zwischen verbündeten Mächten an der europäischen öffentlichen Meinung spurlos vorübergehen könne“. Noch schärfer kam das Echo aus dem russischen Wald heraus; die Nowoje Wremja kam zu dem Schluß, „daß die Urheber des neuen Tarifs den Zollkrieg mit allen Ländern herbeiführen wollten, die Deutschland bisher mit Getreide versorgt“, und die Wirshewja Wjedomosti schrieb, „die Antwort Rußlands könne nur in Erhöhung der Einfuhrzölle auf deutsche Importartikel bestehen und die unausbleibliche Folge der Zollkrieg“. Und damit der nie um eine Ausrede verlegene Bülow diese Preshimmen nicht mit einer seiner berühmten geistigen Anleihen als „Trüderschwärze auf Papier“ abtun könne, hielt der österreichische Ministerpräsident am 18. Oktober im Wiener Reichstag eine Rede, in der er klar und bündig aussprach, „daß Oesterreich sich nicht scheuen würde, gegen die Ausschließung seiner Erzeugnisse vom reichsdeutschen Markte mit allen Mitteln der Notwehr anzukämpfen“.

So erst kamen die Warnungsruufe aus demselben Wien, mit dem Deutschland seit dem Jahre 1892 durch einen Handelsvertrag verbunden war, dem ersten Handelsvertrag, den das Deutsche Reich abgeschlossen hat. Aber den großen Weltmann Bülow riührte das nicht. Er klinkerte mit neuen Mähden herum, redete im Reichstag, der am 2. Dezember die Beratung des Tarifs begann, unter dem Weifallsgebrüll der Agrarier von „gesundem nationalem Egoismus“, von „nationaler Wirtschaftspolitik“ und gab durch diese selbstgefälligen Bonmots der agrarischen Demagogie die Mähden an die Hand, mit denen sie ihre faulen Zauber unter der Autorität des höchsten deutschen Beamten an den Mann bringen konnten. Die amtliche Begründung der Vorlage war eine stehende Verhöhnung der Volksmassen, deren Auspönerung sie bezweckte; der Zynismus der Regierung gab ohne viele Umstände zu, daß aus einem Teil der landwirtschaftlichen Zollerhöhungen „schwerwiegende Nachteile für die Verbraucher zu befürchten sind“ und daß „die Inlandspreise von Weizen und Roggen an-

Seuilleton.

Andrea Delfin.

Novelle von Paul Heyse.

(Nachdruck verboten.)

Ein studierter Herr hat immer Anspruch auf Verehrung, sagte der andere mit einem sehr verbindlichen Lächeln. Es würde mich glücklich machen, wenn ich Euer Gnaden einen Dienst erweisen könnte; denn ich habe stets nach dem Umgang gelehrter Männer gestrebt und bei meinen vielen Geschäften nicht selten die Gelegenheit gehabt, mich ihnen zu nähern. Wenn ich Euer Gnaden vorschlagen dürfte, ein besseres Glas Wein mit mir zu trinken, als hier zu haben ist . . .

Ich kann besseren Wein nicht bezahlen, sagte der andere gleichgültig.

Es würde mir eine Ehre sein, gegen den Herrn, der hier fremd scheint, die venezianische Gastfreundschaft zu üben. Wenn ich sonst mit meinem Vermögen und meiner Ortskenntnis dem Herrn irgend nützlich sein kann . . .

Andrea wollte ihm eben ausweichend antworten, als er bemerkte, daß der Wirt der Schenke, der im Hintergrunde am Kredenzische stand, ihn lebhaft mit dem fahlen Kopf zu sich heranzwinkte. Auch von den anderen Gästen, die aus Handwerkern, Marktweibern und Lagedieben bestanden, machte ihn mancher mit verstohlenen Zeichen aufmerksam, daß man ihm gern etwas mitgeteilt hätte, was man nicht laut zu sagen wagte. Unter dem Vorwand, erst zu bezahlen, ehe er auf die höfliche Ein-

ladung antwortete, verließ er seinen Platz und ging mit der lauten Frage, was er schuldig sei, auf den Wirt zu.

Herr, flüsterte der gutmütige Alte, nehmt Euch in acht vor dem. Ihr habt es mit einem Schlimmen zu tun. Die Inquisitoren beghlen ihn, daß er die Heimlichkeiten der Fremden ausspürt, die sich hier blicken lassen. Seht Ihr nicht, daß der Winkel leer ist, wo er Platz genommen hat? Sie kennen ihn alle, und nächstens fliegt er einmal zur Tür hinaus, der Gott Abrahams gesegn' es ihm! Ich aber, obwohl ich ihn dulden muß, um mir nicht die Finger zu verbrennen, bin es Euch doch schuldig, Euch reinen Wein einzuschenken.

Ich dank' Euch, Freund, sagte Andrea laut. Euer Wein ist ein wenig trübe, aber gesund. Guten Tag.

Damit kehrte er auf seinen Platz zurück, nahm seinen Hut und sagte zu seinem dienstfertigen Nachbar: Kommt, Herr, wenn es Euch gefällt. Man sieht Euch hier nicht gern, fügte er leiser hinzu. Man hält Euch für einen Spion, wie ich habe merken können. Wir wollen anderswo unsere Bekanntschaft fortsetzen.

Das schmale Gesicht des Juden erblaßte. Bei Gott, sagte er, man verkennt mich! Aber ich kann es den Leuten nicht verdenken, wenn sie auf der Hut sind, denn es wimmelt hier in Venedig von Spürhunden der Signoria. Meine Geschäfte, fuhr er fort, als sie schon auf der Gasse waren, meine vielen Verbindungen führen mich in so manche Härter, daß es wohl scheinen mag, als bekümmerte ich mich um fremde Geheimnisse. Gott soll mich leben lassen hundert Jahr, aber was gehen mich fremde Leute an? Wenn sie mir zahlen, was sie mir schuldig sind, will ich ein Hund sein, wenn ich ihnen was nachrede.

Ich meine aber, doch, Herr — wie ist Euer Name?

Samuele.

Ich meine aber, Herr Samuele, daß Ihr zu übel denkt von denen, die zum Besten des Staates die Pläne und Anschläge der Bürger ausspähen und Verschwörungen gegen die Republik an den Tag bringen, ehe sie schaden können.

Der Jude stand still, hielt den anderen am Armel und sah ihn an. Warum hab' ich Euch nicht gleich erkannt? sagte er. Ich mußte wissen, daß Ihr nicht zufällig in jene elende Kneipe geraten konntet, daß ich einen Kollegen in Euch zu begrüßen hatte. Seit wann seid Ihr im Amt?

Ich? seit übermorgen.

Was meint Ihr, Herr? Wollt Ihr mich foppen?

Wahelich nicht, erwiderte Andrea. Denn es ist mein voller Ernst, daß ich nächstens so weit kommen werde, mich in Euer Orden aufnehmen zu lassen. Es geht mir schlecht, wie ich Euch gesagt habe, und ich bin nach Venedig gekommen, meine Umstände zu verbessern. Der Schreiberlohn, um den ich mich heute bei einem Notar verbunden habe, ist nicht das, was ich hier vom Glück und von meinem bisherigen Verstand erhofft habe. Venedig ist eine schöne Stadt, eine lustige Stadt; aber in dem Lachen der schönen Weiber ist ein Goldklang, der mich immer an meine Armut erinnert. Ich denke, das kann nicht immer so währen.

Euer Vertrauen ehrt mich sehr, sagte der Jude mit einem nachdenklichen Zug. Aber ich muß Euch sagen, daß die Herren nicht gern fremde Ankömmlinge in ihre Dienste nehmen, ehe sie eine Probezeit bestanden und sich ein wenig umgesehen haben. Wenn ich Euch bis dahin mit meiner Börse aushelfen kann — ich nehme niedrige Prozente von meinen Freunden. (Fortf. folgt.)

nähernd um den Betrag des Eingangszolls höher sein als die Weltmarktpreise"

Eine ganz besondere Schwierigkeit in der Beratung des Entwurfs mußte die Anzahl seiner Positionen bilden. Nicht weniger als 948 Einzelposten umfaßte der Tarif, dem außerdem noch ein Zolltarifgesetz beigegeben war, das die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes enthält: Minimal- und Maximaltarif usw. usw. Es lag auf der Hand, daß die parlamentarische Beratung eines solchen Gesetzes, selbst wenn jede Obstruktion vermieden würde, der Opposition zahlreiche Handhaben bieten müßte, um die endgültige Erledigung zu erschweren. Die Agrarier begriffen dies ebenso rasch wie die Opposition, und sie dachten schon wenige Wochen nach der Veröffentlichung des Tarifs an die Abänderung der Geschäftsordnung. Zwar trugen die extremen Agrarier noch viel mehr zur Verlängerung der Verhandlungen bei als die Sozialdemokraten; in der Zolltarifkommission, die die Vorlage zur zweiten Lesung vorzubereiten hatte, hatten die Wangenheim und Konsorten zu jeder agrarischen Position ihre Anträge auf Erhöhung der von der Regierung vorgeschlagenen enorm hohen Zölle gestellt. Die Versammlung im Birkus Busch im Februar 1902 erklärte durch eine Resolution den omtlichen Tarifentwurf als durchaus unannehmbar. Neben dieser überagrarischen Ausschüttung ging noch eine sozialagrarische Tendenz, die ihre Vertretung hauptsächlich in dem Zentrumsmann Gerold und Genossen fand und die gleichfalls die Vorlage noch agrarisch verschärfen wollte, wenn auch nicht auf die Höhe von Wangenheim und Genossen. So verlangten die Wangenheim für die hauptsächlichsten Getreidearten 7,50 Mk., die Gerolde 6 Mk. und der Kommissionsektwurf 5,50 und 5 Mk. Vergebens trat die Regierung mit aufgehobenen Händen allen diesen Bestrebungen entgegen; die Gerolde hatten die Mehrheit in der Kommission und amendierten den Regierungsentwurf durch einen „Kompromiß“-Entwurf, das heißt durch einen Kompromiß zwischen den Landwirtschaftlern und Konservativen einerseits und dem Zentrum andererseits. Als die Kompromißmehrheit dem Grafen Posadowsky in der Kommission die vier Getreidepositionen von 6 Mk. aufdrängte, erklärte er dies als „in allen Stadien unannehmbar“, und als sie ihm die Viehzölle auf 18 Mk. den Doppelzentner erhöhten, jammerte er über die „wunderschöne Bildsäule“, die aus dem Entwurfe hervorgehen sollte und nun von vandalischen Händen zerstückelt würde.

Schon in der Kommission war es zu Geschäftsordnungs-Kraakeelen gekommen. Herr v. Kardorff, der berühmte Gründer, der das Justizhaus mit dem Kermel gestreift hatte, war der würdige Vorsitzende dieser Kommission, bis er die Geschäftsordnung einmal allzu toll vergewaltigte und vor dem sozialdemokratischen Entrüstungsturm weichen mußte. Er legte sein Amt nieder und sparte seine Talente für das Plenum auf. Dort begann sofort nach dem Wiederzusammentreten des Reichstags die Bande der Brotwucherer ihr verbrecherisches Handwerk. Die konservativen Wegelagerer, die Zentrumsgauner, die nationalliberalen Jesuiten und, als der oberste der Philister, Eugen Richter, fielen wie eine Horde Stricker über die ahnungslose Minderheit her; der Hauptmann der Bande, der parlamentarische Strolch v. Kardorff, machte den Regisseur, der Reichsgerichtsrat Spahn illustrierte die deutsche Klassenjustiz in Permanenz durch einen niederträchtigen Staatsstreik und der beschäftigungslose Advokat und Streber Wasserfall gab zum erstenmal in seinem Leben einen juristischen Kommentar. Es ist heute überflüssig, an die schamlosen Vubenstücke, an die infame Lffenbosheit dieses parlamentarischen Gesindels zu erinnern, das damals wie eine Sauherde über Geschäftsordnung und Verfassung hereinbrach und niedertrampelte, was ihm im Wege war. Jetzt hat sie samt der glorreichen Regierung, die am 13. Dezember zu dem Staatsstreik des Brotwuchers ihren Segen gab, ihr Geschick erreicht: Graf Posadowsky kehrt mit herabhängenden Ohren zu seinem Chef zurück, der jetzt ganz der Befangene der Agrarier ist: ein Bild hoffnungsloser Unfähigkeit und jämmerlicher Ohnmacht. Der Feld vom 13. Dezember 1902!

Der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn ist gescheitert. Der Zollkrieg ist in Sicht. Die Lage ist verschärft durch die nur provisorische Regelung des sogenannten „Ausgleichs“ zwischen Oesterreich und Ungarn. Dieser Ausgleich ist auf Grund des § 14 oktroyiert und läuft bis zum 1. Januar 1907 ab; bis dahin spätestens laufen auch alle internationalen Handelsverträge ab. Mit der Nichtkündigung des alten Handelsvertrags wird man sich also nicht allzu lang mehr behelfen können; Herrn Bülow hilft kein Mundspigen mehr; jetzt muß gepiffen werden.

Graf Bülow muß nun an die Kündigung der Handelsverträge heran, ob er will oder nicht. Er muß überhaupt alles, was er nicht versteht. Er mußte den Tarifentwurf vorlegen, er mußte den Kompromiß der Reichstagsmehrheit annehmen, er mußte den Staatsstreik der Dezembermänner einsegnen. Er wird auch den Handelsvertrag kündigen müssen, er wird auch den Zollkrieg führen müssen. Er ist einer von den genialen Staatsmännern, die alles müssen und nie wissen, woher die Ohrfeigen kommen, die ihm die Geschichte verabreicht. Aus Wien kommt bereits die Kunde, daß, wenn Deutschland den Handelsvertrag mit Oesterreich zum Jahreschluß kündigt, die österreichisch-ungarische Monarchie vorausichtlich alle bestehenden Verträge, insbesondere die Handelsverträge mit Rußland, den Balkanländern und der Schweiz ebenfalls zu diesem Termin kündigen wird. Das wäre der Anfang des Zollkrieges aller gegen alle, also die vollendetste Rückkehr zur „Bismarckschen Wirtschaftspolitik“, wie sie den Agrariern vorschwebt.

Was ist der Zollkrieg? Das Zolltarifgesetz sagt es. „Nochpflichtige Waren, die aus Staaten kommen, welche

deutsche Waren ungünstiger behandeln als diejenigen anderer Staaten, können neben dem tarifmäßigen Zollsat einem Zollzuschlag bis zum doppelten Betrag dieses Satzes oder bis zur Höhe des vollen Wertes unterworfen werden. Tarifmäßig zollfreie Waren können unter der gleichen Voraussetzung mit einem Zoll bis zur Hälfte des Wertes belegt werden.“ Das ist der Zollkrieg. Der 6 Mark-Zoll auf Getreide kann zum 18 Mark-Zoll, der 18 Mark-Zoll auf lebendes Vieh per Doppelzentner auf 54 Mk. gesteigert werden. So wollen es die Agrarier haben. Daraufhin haben sie seit Jahr und Tag ihre Arbeit zugeschnitten.

Und die deutsche Industrie? Und die deutsche Arbeiterschaft? Der deutschen Arbeiterschaft wird man das Verbrechen der Rote Karborff aufzuladen wollen. Hunger und Leuerung werden die nächsten Folgen der Schandtat vom 13. Dezember sein. Dann wird die deutsche Industrie daran glauben müssen. Unterbindung der deutschen Ausfuhr, Zusammenbruch der Exportindustrie, Schließung der Fabriken, Massenarbeitslosigkeit — den großen Staatsmann wird das verflucht wenig scheeren, wenn er sich ziellos und willenlos im Wellenbad von Rorderney treiben und schaukeln läßt wie sonst von den agrarischen Tendenzen . . .

Die Antwort der deutschen Industrie und der Arbeiterschaft auf diese Staatskunst, die uns durch Gewalttat und Staatsstreik bis zum Zollkrieg, zur Gefährdung unserer Industrie, zur Verpöwerung der Arbeiterschaft führen soll, muß sein: Fort mit Männern und fort mit Parteien, die nur der Ausdruck der gemeinverwüstenden agrarischen Korruption sind; hoch die einzige parlamentarische Vertreterin der Industrie und der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie!

Von Prechstimmen über den Abbruch der Vertragsverhandlungen ättern wir noch die Wiener Freie Presse:

„Oesterreich nimmt Anstoß an der im deutschen Zolltarif aufgestellten Unterscheidung zwischen Brauergeste und Futtermittel. . . Die Frage ist von größter Wichtigkeit für Oesterreich-Ungarn, weil gerade dort Gerste von einem Proteingehalt produziert wird, der größer ist, als derjenige der deutschen Gerste, so daß Deutschland bisher genötigt war, seinen Gerstenbedarf für Brauwede zum großen Teil aus Oesterreich-Ungarn zu beziehen.“

Bekanntlich ist Graf Bülow der geniale Erfinder dieser Unterscheidung, und er hat sie entdeckt, um der Mehrheit sein „Kompromiß“ schmachtig zu machen. Es ist ein Stück geschichtlicher Justiz, daß an dieser zu verwerflichen Zwecken erfundenen Maßregel der Handelsvertrag mit Oesterreich scheitert.

Interessant ist schließlich, was die Wiener Zeit schreibt: „Graf Posadowsky hat den wichtigsten handelspolitischen Forderungen Oesterreich-Ungarns gegenüber sich völlig intransigent bewiesen und in der deutschen Ministerkonferenz am Montag noch vor den versammelten österreichischen und ungarischen Ministern erklärt, daß er weitere Konzessionen nicht mehr bieten könne.“

Graf Posadowsky hat es sich tatsächlich selbst zuschreiben, wenn die Verhandlungen nicht den Ausgang genommen haben, den er erhofft und gewünscht hat. Graf Posadowsky hat sich offenbar eine falsche Vorstellung von der wirtschaftlichen Oesterreich-Ungarn gemacht und seine handelspolitische Rechnung auf dem falschen Kalkül aufgebaut, daß durch die Tatsache allein, daß er ihr den Abschluß eines Vertrages ermöglichen auf Grund eines parlamentarisch nicht genehmigten Tarifs und ohne vorhergegangene Vertiktion des österreichisch-ungarischen Ausgleichs, Oesterreich-Ungarn sich veranlaßt sehen werde, in den Vertrag einzutwilligen und jedes Diktat Deutschlands hinzunehmen.“

Der Krieg in Ostasien.

Port Arthur.

Tokio, 30. November. Es heißt, daß die Japaner heute den südlichen Teil des 203-Meter-Digels mit Erfolg kürzten und ihn besetzt hatten.

Die Kämpfe in der Mandchurei.

Petersburg, 30. November. Generaluropatkin meldet dem Zaren unter dem gestrigen Tage: Die japanische Abteilung, die sich nach dem Kampfe mit unsern Truppen bei Linshetschen zurückgezogen hatte, machte beim Dorfe Suibun und im Dorf 12 Werst südöstlich von Linshetschen, Galt. Nach den Aussagen der Dorfbewohner ist die Stimmung der Japaner gedrückt. Sie führen viele Verwundete mit sich. Heute morgen gingen unsere Truppen 10 Werst von einer Stellung unserer Vorhut zum Angriff über und wurden mit Feuer empfangen. Am 12 Uhr mittags eröffnete unsere Artillerie das Feuer und die Infanterie ging zum Angriff über. Weitere Berichte sind nicht eingegangen.

Mukden, 30. November. Die Japaner gehen auf Tsantschan zurück und haben das Gelände zwischen Linshetschen und Sintmintin geräumt.

Eine Stiftung für die Verteidiger Port Arthurs.

Petersburg, 30. November. Die hiesige Stadtverwaltung beschloß, 100 000 Rubel zum Besten der Verteidiger von Port Arthur und ihrer Familien zu stiften und um die Erlaubnis zu ersuchen, ganz Rußland zu solchen Spenden aufzurufen.

Reichstag.

101. Sitzung vom Dienstag, den 30. November 1904, 1 Uhr nachm. Am Bundesratsstische: Kommissare.

Das Haus ist schwach besetzt. Auf der Tagesordnung stehen Resolutionen, die zum Etat des Reichsamt des Innern für 1904 gestellt worden waren und sich gegen den unlauteren Wettbewerb wenden, speziell sich mit dem Ausverkaufswesen befassen. Die drei Resolutionen Gröber (Zentr.), Rettich (konf.) und Bahig (nat.-lib.) werden zur Beratung miteinander verbunden.

Abg. Korren (Zentr.) begründet die Resolution Gröber, welche Abänderung des Gesetzes betr. den unlauteren Wettbewerb, Regelung des Ausverkaufswesens, Bekämpfung der Härten des Gesetzes über die Abzahlungsgeschäfte und Verbot der Gründung von Warenhäusern durch Beamte und Offiziere verlangt. — Die Entscheidung des Reichsgerichts, welche Nachschub von Waren bei Ausverkäufen gestattet, hat das Gesetz vom Jahre 1806 über den unlauteren Wettbewerb zum guten Teile illusorisch gemacht. § 1 muß — einfach auf dem Wege der authentischen Interpretation — dahin ausgelegt werden, daß jeder Nachschub von Waren für einen Ausverkauf verboten wird. So weit, wie die Nationalliberalen

wollen wir allerdings nicht gehen. — wir wollen durch unsere Resolution die Grundzüge von Treu und Glauben schützen, an denen die Gewerbefreiheit eine Grenze haben muß. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Rettich (konf.) begründet eine von ihm im Namen der konservativen Fraktion eingebrachte Resolution, welche Vorlegung eines Gesetzes — möglichst noch in dieser Session — fordert, durch das die Anmeldepflicht für alle Ausverkäufe festgelegt, die Veranstaltung von Schmelzverkäufen und der Nachschub von Waren bei Ausverkäufen verboten wird. — Redner wagt seiner Fraktion die Priorität für diese Anträge, erklärt, daß seine Freunde auch für die nationalliberale und die Zentrumsvorstellung in ihren ersten Teilen geschlossen stimmen würden. Gegen den letzten Absatz der Zentrumsvorstellung — Verbot der Warenhausgründung durch Offiziere und Beamte — werde allerdings ein Teil der Konservativen stimmen.

Abg. Dr. Bahig (nat.-lib.) begründet die Resolution seiner Fraktion. Dieselbe verlangt, daß Ausverkäufe und Versteigerungen spätestens am vierten Tage vor ihrer Veranstaltung bei der Polizeibehörde angezeigt werden sollen, daß ein Verzeichnis der zum Verkauf bestimmten Warenbestände der Anzeige beigelegt werden muß und daß Geldstrafen bis zu 1500 Mk. für die Verletzung dieser Bestimmungen festgesetzt werden sollen. — Redner regt an, die gesamten Resolutionen betr. den unlauteren Wettbewerb in einer Kommission zu beraten.

Abg. Peuß (Soz.) Am nötigsten wäre es wohl augenblicklich, gegen den unlauteren Wettbewerb um die Gunst des Mittelstandes vorzugehen, der sich hier im Hause geltend macht. (Beifall und Segn. auf s. d. Soz.) Durch alle diese Maßnahmen, die hier verlangt werden, ist dem Mittelstand nicht zu helfen; man kurlert an Krankheitserscheinungen herum und steht in Begleiterscheinungen die Ursache des Leids. Die kleinen Brotstücken, welche durch die Gesetzgebung unter Strafe gestellt werden sollen, werden durchweg nicht etwa von großen, sondern gerade von den kleineren und mittleren Geschäftsleuten geübt, die von den Parteien der Rechten und der Mitte in besonderem Schutz genommen werden. Die realsten und anspruchsvollsten Geschäftsleute versichern, daß man nicht ganz ohne Ansehen „Korruption“ auskommen könne, d. h. Artikel, die billiger verkauft, als sie eingekauft werden. Werden alle die Vorschriften, die hier gemacht werden, so wird man eben neue Schleichwege ausfindig machen, um das Gesetz zu umgehen; das Leben ist viel zu bewacht, als daß man es durch Gesetze bannen könnte. — Die nationalliberale Partei scheint beflissen zu sein, mit dem maeren Ruhme, der ihr noch aus den Jahren der Reichsgründung geblieben, völlig auszuräumen; sonst rechnete sie sich die Einführung der Gewerbefreiheit als einen Haupttriumph an; jetzt aber kommt sie mit Anträgen, welche völlig mit dem Prinzip der Gewerbefreiheit brechen; es will wenig sagen, daß sie die Polizeiaufsicht nicht Vollzisten mit der Bäckehaube anvertraut, Vollzisten ohne Bäckehaube sind oft noch viel schlimmer. — Was dem Kleinhandel noch am meisten hilft, sind Inseraten; freilich verbietet das Inseratenwesen völlig die Presse, denn es stellt sie — mit einziger Ausnahme der sozialdemokratischen Presse — völlig unter die Herrschaft der Inserenten. — Ich persönlich halte von den Abzahlungsgeschäften herzlich wenig; Konsumvereine sind das beste Mittel gegen sie; aber gerade gegen die Konsumvereine erhebt sich das heftigste Geschrei der Kleinhandl. — Daß den Beamtenkonsumvereinen fiskalische Gebäude zur Verfügung gestellt werden, halte auch ich nicht für richtig; übrigens bedürfen sie solcher künstlicher Förderung auch gar nicht. — Mit all den kleinen Mitteln, die Sie (nach rechts) vorschlagen, werden Sie dem sog. selbständigen Mittelstande nicht auf die Beine helfen; er ist in ständiger Abnahme begriffen; dagegen nimmt der neue Mittelstand, der besser bezahlten Lohnarbeiter und Beamten fortwährend zu. — Wir legen an Kommissionsberatung keinen Wert, sind aber bereit mitzuarbeiten; heraussehen wird allerdings bei der Sache nichts. (Bravo! bei den Soz.)

Es ist ein Antrag Gröber (Zentr.) eingegangen, die in der Resolution Bahig enthaltenen Gesetzesvor schläge den verbündeten Regierungen als Material zu überweisen.

Abg. Dr. Müller-Melningen (freif. Sp.): Wir stehen nicht auf dem sozialdemokratischen Standpunkte, daß der jetzige Mittelstand rettungslos verloren ist. Das Gesetz von 1896 bedarf in der Tat der authentischen Interpretation. Der Antrag Bahig aber bedeutet, vor jedem Ausverkauf ein paar Schußleute hinzustellen. Herr Bahig hat in seine lex imperfecta, die in letzter Linie auf eine neue Bladeret des Mittelstandes hinausläuft, sogar den armen Reichskanzler hereingezogen, der doch mit der authentischen Interpretation von Telegrammen genugsam beschäftigt ist. (Große Heiterkeit.) Am sympathischsten ist von den vorliegenden Resolutionen nur die Resolution Gröber, die allerdings nicht viel befragt. (Zuruf links: Gerade deshalb! Große Heiterkeit.) Von gewisser Wichtigkeit würde es sein, der Bekämpfung von Angestellten in industriellen und kommerziellen Betrieben durch Vereinen entgegenzuwirken. In der Schweiz hat man diesen Weg bereits beschritten und ich möchte mindestens eine Enquete über diese Bekämpfungen befürworten. Gegen die Ueberwältigung dieser Resolution an die Regierung d. h. auf deutsch in den Paplerford (Heiterkeit) habe ich nichts einzuwenden. (Bravo! links.)

Abg. Rattmann (Antik.) hofft, daß die Erklärung des Vertreters der Sozialdemokratie, es würde gar nicht schaden, wenn der Mittelstand zugrunde ginge, möglichst weit bekannt werde, damit sie die gebührende agitatorische Wirkung ausübe. Wir wollen nicht unlauteren, sondern lautereren Wettbewerb in der Hilfe für den Mittelstand. Ein Potsdamer Warenhaus hat in einem Jahre fünf Ausverkäufe in Szene gesetzt und zwar jedesmal unter einem neuen Vorwande. (Heiterkeit; ironisch rechts.) Die Abzahlungsgesetze sind notwendig für die Kerne des Volkes. Es ist richtig, daß das Zentrum den Beamten und Offizieren die Freiheit lassen will, Mitglieder eines Konsumvereins zu sein. (Bei den Sozialdemokraten und den Arbeitern nicht!) Redner fortsetzend: Jawohl, den Arbeitern auch, aber davon war nicht die Rede. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dove (freif. Vg.): Alexander Meyer hat das Wort geprägt, das noch heute richtig ist: Unlauterer Wettbewerb ist der, den ein anderer mir macht, lauterer, den ich einem anderen mache. (Heiterkeit.) Der nationalliberale Antrag stellt tatsächlich den ganzen Warenverkauf unter Polizeiaufsicht. Das geht nicht. Es gibt Ausverkäufe, die erlaubt sein müssen, wie z. B. Saison- und Nachschub-Ausverkäufe. Den Abzahlungsgeschäften liegt der gesunde Gedanke einer Ausdehnung eines Krebites auf die nichtvermögenden Klassen zugrunde; es ist wahr, daß viele Mißbräuche dabei vorkommen, aber die Geschäftsförm als solche ist nicht entbehrlich. Ich glaube nicht, daß der Mittelstand zugrunde gehen muß, ich glaube aber ebensovienig, daß ihm auf diesem Wege zu helfen ist. Das richtigste bleibt immer, ihn auf energische Selbsthilfe zu verweisen. (Bravo! links.)

Abg. Gröber (Zentr.), auf der Tribüne fast unverständlich) begründet aufs neue seine Resolution und spricht über die Wichtigkeit des Mittelstandes. Redner verbreitet sich weiter über die Schäden der Warenhäuser. Manche Warenhäuser entschuldigen sich mit Verfehlungen ihrer Angestellten, wenn ihnen Uebervertretungen des Gesetzes nachgewiesen werden. Besonders das Warenhaus Eich hat in dieser Beziehung verschäbentliches Bed mit seinen Angestellten gehabt, aber andererseits merkwürdigerweise immer das Glück, freigesprochen zu werden. Vorzugehen werden muß auch gegen das Wesenkommen der Warenhäuser. So verpflichtet ein Warenhaus in einer Klasse bei einem Einkauf von 10 Mark als Geschenk eine Bode, ein Kinderpielzeug, eine Uhr, Zeug für eine Bluse usw. (Zuruf links: Einzelne, nicht alles zusammen!) Davon steht in der Klasse nichts (Heiterkeit links), man kann sie auch so auslegen. Solche Mandver müßten gesetzlich verboten werden. Auf keinen Fall dürften Inventurverkäufe erlaubt sein. Dem Inventur kann man das ganze Jahr hindurch aufnehmen. Ebenso bieten die Kontursausverkäufe reichlich Gelegenheit zu unlauterem Wettbewerb. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Penning (konf.) klagt über die Schleuderfonturgen in der Provinz. Durch vorgabunbereubte Kaufleute, die nur für wenige Tage einen Verkauf einrichten, wird der weisse Kaufmann und Handwerker geschädigt. Im geschäftlichen Leben hat die Geschäftlichkeit in den letzten Jahren zugenommen. (Beifall rechts.)

Abg. Breßli (Pole) spricht seine Sympathie für die angeregten Verbesserungen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb aus. Aber leider begünstigt die preussische Regierung aus politischen Gründen den unlauteren Wettbewerb. Auch das neue Anordnungs-Gesetz in Preussen fällt unter das Gesetz vom unlauteren Wettbewerb. (Sehr richtig! bei den Polen.)

Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner wegen dieser Neuherung zur Ordnung.

Abg. Breßli (Pole): Anders konnte ich meinen Wunsch nicht ausdrücken, daß die preussische Polenpolitik durch ein verbessertes Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verhindert wird.

Präsident Graf Ballestrem: Hier handelt es sich um den unlauteren Wettbewerb von Warenhäusern, Wagnergeschäften usw. Auf die Polenpolitik können Sie hierbei nicht eingehen.

Abg. Breßli (Pole): Den Polen wird der Erwerb von Grund und Boden dadurch unmöglich gemacht, daß sie belogen und betrogen werden. . . .

Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner nunmehr zur Sache.

Abg. Breßli (Pole): Wenn ich den Satz auch nicht vollkommen darf, den Sinn haben Sie doch verstanden. (Große Heiterkeit.) Gewisse Telegramme aus Berlin regen diesen unlauteren Wettbewerb direkt an. Das monarchische Gefühl des polnischen Volkes . . .

Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner zum zweitenmal zur Ordnung und macht ihn auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam.

Abg. Breßli (Pole): Ich wollte nur sagen (Große Heiterkeit), wenn das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb wirksam sein soll, dann muß es auf alle Gebiete ausgedehnt und von oben muß mit gutem Beispiel vorgegangen werden. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Naab (Antif.) polemisiert gegen die Sozialdemokratie, die die geschäftlichen Ausbreitungen der Warenhäuser seitdem milde beurteilt. Dem müssen tiefere Ursachen zugrunde liegen. Es handelt sich hier nicht um eine Ueberlegenheit des Großbetriebs, sondern um eine Anzahl mehr oder minder schmuckiger Mäntel. Auch die sozialdemokratische Presse nimmt Schweigen an, so der Vorwärts vom Sonntag, der einen „Ausverkauf wegen haupolizeilicher Vorschriften“ anzeigt, und die Annonce eines Warenhauses enthält, das für drei Tage unentgeltliche Verteilung von Photographiealbans in Aussicht stellt. Die Neue Welt, deren obstruere Inserate auf einem sozialdemokratischen Parteitag erwähnt worden sind, leistet sich einen besonderen Annoncenreklamier mit dem klangvollen Namen Copen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie will eben den Mittelstand zugrunde gehen lassen, weil er ihr im Wege steht. Das Hamburger Echo schrieb: Die Erhaltung des Mittelstandes sei nicht wünschenswert, weil sie den Fortschritt hemme. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur bei den Wahlen wird es verschwiegen. Der Mittelstand hat keinen schimmernden Feind als die Sozialdemokratie. (Bravo! rechts.)

Hierauf verlegt sich das Haus.

Der Präsident teilt mit, daß der morgige Tag sühnungsfrei bleibt, damit die Fraktionen den Etat studieren.

Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. (Rest der heutigen Tagesordnung: Unlauterer Wettbewerb, Vergesetz, Invaliden-Versicherung.)

Generalversammlung der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.

Zu der am 29. November im Etablissement Sanssouci abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung hatten sich 231 Vertreter von Mitgliedern und 82 Vertreter von Arbeitgebern eingefunden. Nach Eröffnung der Versammlung konstituierte der Vorsitzende, Herr Otto Röllender, die ordnungsmäßige Berufung und berief die Herren Baumeister Kost und Moritz Priß als Vizepräsidenten aus den Reihen der Arbeitgeber und Kassennmitglieder. Sodann sprach der Herr Vorsitzende seinen Dank für das ihm durch die Wahl in den Vorstand bewiesene Vertrauen und für die Unterstützung, die ihm von allen Seiten in seinem ihm unmittelbar darauf übertragenen Amte als Vorsitzender erwährt worden sei, aus und erwähnte, daß ein Beamter vom Krankenversicherungsamte als Vertreter der königlichen Kreishauptmannschaft anwesend sei. Anschließend verlas er eine Verordnung des Rates der Stadt Leipzig, wodurch für die Aufsichtsbekörde das Recht, einen Vertreter in die Generalversammlung zu entsenden, in Anspruch genommen wird, und sprach sich dahin aus, daß der Vertreter der Bekörde jedenfalls auch in der letzten Versammlung zugelassen worden wäre, wenn er, wie heute, einen von seiner Dienstbekörde angestellten Ausweis vorgelegt hätte. Der Herr Vorsitzende berichtete sodann über die Tätigkeit des Vorstandes seit der letzten Hauptversammlung und berührte die Hauptgegenstände der heutigen Versammlung: Die Frage der Wiedereinführung der Familienkassenbehandlung und die auf dem Münchner Verbandstage der Ortskrankenkassen Deutschlands angeregte einheitliche Regelung der Gehälter der Kassenebeamten. Die Angriffe von auswärts, die auf die Arbeitervertreter des Vorstandes gerichtet worden seien, weil sie nicht gleich den Arbeitgebervertretern ihre Kämmer niedergelegt hätten, müsse er zurückweisen, da sonst die Tätigkeit der Bekörde sich nicht bloß auf ärztliche Angelegenheiten, sondern auf alle Geschäfte der Kasse erstreckt haben würde. Die Neuordnung der ärztlichen Tätigkeit sei hier von den gleichen Folgen begleitet wie überall: der Prozentsatz des Honorars, der den Ärzten auf ihre Liquidation zu zahlen sei, werde niedriger sein als früher. Für die im Frühjahr errichteten Beratungsanstalten sei das Grundstück an der Mühlinsel 1 für 7800 Mk. jährlich gemietet, drei andre Grundstücke gekauft worden. Die Verpflegung im städtischen Krankenhaus hätten leider eine Erhöhung von 1.50 auf 1.70 Mk. erfahren, was eine Mehrbelastung der Kasse um ca. 40 000 Mk. jährlich bedeute. Zwei hiesige Firmen hätten eine Betriebskrankenkasse zu gründen beabsichtigt, die eine habe die Absicht auch bereits durchgeführt. Die Militärbekörde habe auch eine eigene Kasse gegründet. Die Gemeinde Wilmersdorf habe ihre Ausdehnung aus dem Bezirk der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend und ihre Einbeziehung in den Landwehr Bezirk beantragt. Infolge der Agitation im Kaufmannstande hätten eine Anzahl Angehörige des Kaufmannstandes ihre Mitgliedschaft bei der Kasse gekündigt. Wegen des Vorjahrs habe die Zahl der Mitglieder um ca. 6000 Personen zugenommen, die Zahl der Kranken habe auch proportional zugenommen.

Bei der Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres beantragte Herr Haupt, die Herren D. Magnus und Direktor Friedrich Fried, ersteren als ordentliches Mitglied, letzteren als Stellvertreter in den Ausschuss von Seiten der Arbeitgeber zu wählen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Auf Vorschlag des Herrn Schäfer wurden von den Mitgliedern die Herren Ehrlich und Franz König als ordentliche, Anton Hempel und Ernst Winter als stellvertretende Ausschussmitglieder einstimmig gewählt.

Beim Bericht des Finanzausschusses ergriß Herr Gajerford das Wort und forderte, daß wohl niemand bei der im Vorjahre beschlossene, an Erhöhung der Beiträge habe annehmen

können, wie unzureichend sich die vermehrten Mittel gegenüber der Erhöhung der Ausgaben erweisen würden. Das Jahr 1904 müsse als das unglücklichste Jahr der Kasse bezeichnet werden. Sowohl die Ausgaben für die ärztliche Hilfe, als für die Arznei- und sonstige Heilmittel seien gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs — 10 Monate — sehr gestiegen, eine ungeheure Steigerung um fast 600 000 Mk. weisen aber die Ausgaben für Krankengeld auf; die Mehrausgaben im laufenden Jahre stellten sich insgesamt bisher auf 1 058 807 Mk. gegen das Vorjahr, während die Mehreinnahmen in 8 1/2 Monaten nur 877 284 Mk. betragen. Der für die Zuführungen zum Reservefonds am Jahresschlusse verfügbare Betrag werde voraussichtlich nur 11—10 000 Mk. betragen. Ganz auffällig sei das enorme Anschwellen der Krankenziffern in den Sommermonaten. Der Krankenzustand habe der Kasse einen unberechenbaren Schaden zugefügt und werde sie für lange Zeit hinter ihre frühere Würde zurückwerfen.

Da sich niemand zum Worte meldete, teilte der Vorsitzende über die Erhöhung der Gehälter der Kassenebeamten einiges mit. Bei der Leipziger Kasse würde die Einführung dieser Erhöhung nach den in München gefassten Beschlüssen eine Mehrausgabe von 185 000 Mk. bedeuten. Infolgedessen habe eine Konferenz von Vertretern der drei größten sächsischen Ortskrankenkassen stattgefunden, die sich über die Unausführbarkeit der Münchner Beschlüsse einverstanden erklärt habe. Von mehreren Seiten, insbesondere von freiwilligen Mitgliedern, sei die Wiedereinführung der Familienbehandlung angeregt worden; der Vorstand habe darauf antworten müssen, daß die Kasse jetzt zu sehr belastet sei und ein Antrag auf Wiedereinführung in der Generalversammlung seine Aussicht auf Annahme habe. Ein derartiger Beschluß werde eine Erhöhung des Arzthonorars um ca. 425 000 Mk. mit sich bringen, eine Summe, welche die Kasse jetzt nicht mehr aufbringen könne. Weder im Vorstand, noch im Kreise der Mitgliedervertreter sei unter diesen Verhältnissen eine Reorganisation für Wiedereinführung der Familienbehandlung vorhanden.

Herr Weizner behauptete, daß der Vorstand die angeregte Erhöhung der Gehälter der Ortskrankenkassenbeamten als undurchführbar bezeichnet habe. Die Gehälter seien zum Teil gänzlich unzureichend und einer Verbesserung dringend bedürftig. Auch sei es bedauerlich, wenn die Bestrebungen der Beamten nach Verbesserung ihrer Lage in Vorstandsreisen abfällig kritisiert worden seien.

Herr Krüger konstatierte, daß in München ein genügendes Material zur Prüfung der dort gemachten Vorschläge auf Gehaltsverhöhung nicht vorgelegen habe; es sei deshalb gar nicht möglich gewesen, die Angelegenheit nach allen Richtungen hin zu prüfen.

Herr Krüger bestätigte das und glaubt es auszusprechen zu müssen, daß die Beschlüsse der paritätischen Kommission in München zweifellos nicht angenommen worden wären, wenn man sich dort über die finanzielle Tragweite der Beschlüsse klar gewesen wäre. Die Lage der Leipziger Beamten sei weit besser, als Herr Weizner angegeben habe; dessen Ziffern träfen bloß für angehende Hilfsarbeiter, nicht für Beamte zu.

Herr Krüger verteidigte, daß der Vorstand das Beste der Beamten auch ohne Agitation im Auge habe; die hiesigen Beamten hätten sich verschiedene Organisationen angeschlossen; jede Organisation sei nur für ihre Angehörigen eingetreten. In München seien unter den Delegierten 65 Verwaltungsbeamte anwesend gewesen.

Herr Steinmeyer stellte sich als früheres Mitglied der paritätischen Kommission über die Beamtengehälter vor und erwähnte, daß er seinerzeit Bedenken gegen die viel zu weit gehenden Beamtenwünsche geäußert habe, aber sich in der Minderheit befunden habe. Die Behauptungen des Herrn Weizner, daß die Gehaltsverhältnisse hier unzureichend seien, seien stark übertrieben und hätten dem Vorstande wehe getan.

Herr Ohmann berichtete über eine spätere Verhandlung der Kommission mit den Vertretern der Beamten. Nach den Münchner Beschlüssen würde eine durchschnittliche Gehaltsaufbesserung von 500 Mark für jeden Beamten eintreten. Das beweise deutlich, wie undurchführbar diese Forderungen seien. Man müsse dann alle jüngeren Hilfsarbeiter entlassen oder ihr Gehalt auf 1500 Mark nach diesen Forderungen erhöhen.

Herr Rame: Wäre man in München genau unterrichtet gewesen, so würde eine glatte Ablehnung der Vorschläge erfolgt sein. So habe man sich auf eine Art Verlegenheitsbeschluss geeinigt, wonach man die einzelnen Kassen auffordert, darauf, daß diese Vorschläge Beachtung finden, hinzuwirken.

Es sprachen noch Herr Köhler, Herr Krüger und Herr Weizner zu derselben Angelegenheit, letzterer zur Verteidigung der von einem Zeile der Kassenebeamten gestellten Forderungen.

Der Herr Vorsitzende konstatierte noch, daß der Vorstand tun werde, was möglich sei; hinter den Beschlüssen der Münchner Versammlung werde man aber erheblich zurückbleiben müssen. Sodann ließ er die Versammlung darüber abstimmen, ob sie die Haltung des Vorstandes gegenüber dem Verlangen nach Wiedereinführung der Familienbehandlung und in der Frage der Erhöhung der Beamtengehälter billige. Einstimmig erklärten alle Anwesenden ihre Billigung der Stellungnahme des Vorstandes.

Der Bericht des Verfassungsausschusses wurde von Herrn Wendt erstattet. Er berichtete über die Fälle, die den Verfassungsausschuss hinsichtlich Erschließung Dritter und Leistung rückständiger Beiträge beschäftigt haben. Eine ganze Reihe von Strafurteilen ist gegen Arbeitgeber ergangen nach § 82 b des Krankenversicherungsgesetzes, in einem Falle unter Erkennung auf 3 Wochen Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Verurteilungen von Mitgliedern sind in sechs Fällen zu verurteilt gewesen, in einem Falle gegen einen Arbeitgeber. Verwaltungsvorgänge sind dreimal vorgekommen. Der ordentliche Tagelohn ist seit Anfang des Jahres erhöht worden. Das Statut ist im Frühjahr geändert worden.

Herr Schmidt fragt an, ob die Arbeitgeber angehalten werden können, Schutzvorrichtungen für die Arbeiter bei gefährlichen Beschäftigungen (Steinerschlagen oder bei der Leipziger elektrischen Straßenbahn) anzuschaffen.

Der Herr Vorsitzende erwiderte, daß eine derartige Anordnung nicht zum Geschäftskreise des Vorstandes gehöre, aber eine Anregung in Erwägung gezogen werden könne.

Herr Gerde fragt an, ob ein Arbeitgeber korrekt handle, der jede Woche den jeweiligen Lohn seiner Arbeiter anmeldet, und ob der Verfassungsausschuss sich damit einmal beschäftigt habe; besonders bei den Arbeiterarbeiten in der Kohlenwarenbranche sei das als unethisch empfunden worden. Es sei doch besser, wenn ein Durchschnittslohn zugrunde gelegt werde, aber der Arbeitgeber, um den es sich handle, weigere sich, hierauf einzugehen.

Herr Wendt antwortete, nach Lage des Gesetzes handle der betreffende Arbeitgeber korrekt, wenn es auch zulässig sein würde, einen Durchschnittslohn anzugeben; der Verfassungsausschuss könne gegen das im vorliegenden Falle eingeschlagene Verfahren nichts tun.

Den Bericht des Sanitätsausschusses erstattete Herr Ohmann, indem er auf die Verhältnisse vom vorigen Frühjahr zurückgriff und einen kurzen Ueberblick über die seitdem gezeichnete Lage gab. Gegenwärtig seien für die Kasse 373 Ärzte im Kasernenbezirk und 70 Ärzte außerhalb des Bezirkes tätig. Die Kasse habe Vertrag mit einer Anzahl Privatärzten, im Höchstfalle zahle die Kasse 1.75 Mark pro Tag, einen etwaigen Mehrbetrag müßten die Patienten selbst zahlen. Eine ganze Reihe von Ärzten habe auf die Selbsttätigkeit verzichtet, darunter auch eine Anzahl früherer Distriktsärzte; dreien habe die Kreishauptmannschaft gekündigt. Die Vertrauenskommission stelle jetzt nach dem neuen Abkommen

die Liquidationen der Kassenzärzte endgültig fest und verteilte den Pauschalbetrag selbst unter die Kassenzärzte; die Kasse habe lediglich für das nötige Geld zu sorgen. Beschwerden von Ärzten und gegen solche hätten in einer Anzahl vorgelegen, eine Beschwerde gegen einen Vertrauensarzt, die diesen zur Stellung von Strafantrag veranlaßt habe. Zahlreiche Beschwerden gegen den Kasernenstand seien aus Anlaß der bekannten Vorgänge im Frühjahr von Mitgliedern bei der Kreishauptmannschaft angebracht worden, vielfach unbegründet.

In den Geseßungsheimen Giesberg, Förstel und Augustusbad sind über 1000 Mitglieder verpflegt worden. Bei den circa 5000 vertrauensärztlichen Nachuntersuchungen wurden gegen 2800 Patienten sofort als gesund befunden. Auf die erfolgte Ladung hin meldeten sich über 1200 vor der Untersuchung als gesund. Der Herr Redner gab sodann einen statistischen Ueberblick über die Kosten der Kasse für ärztliche Hilfe, Krankenunterstützungen usw. im Vorjahre und im laufenden Jahre.

Hierauf wurde die Versammlung nach Verlesung des Protokolls geschlossen.

Von Nah und Fern.

Eine Frau mit zwei Kindern ermordet. Tschin (Westfalen), 30. November. In dem benachbarten Helmstorf ist eine Frau mit ihren beiden Kindern ermordet worden. Der Schmittler Stanislaus Schulz, der die Mordtat begangen haben soll, ist nach Bommern hin geflüchtet.

Verrettet. Bremen, 30. November. Die Rettungstation Stolpmünde der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 30. November von dem ostwärts vom Hosen gestrandeten Dreimastschoner John Hinge, Kapitän Jacobson, mit Steinen von Bornholm nach Stolpmünde bestimmt, drei Personen durch das Rettungsboot General-Postmeister der Oststation gerettet.

Die Rettungsstation Friedrichsloog der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 29. November sind von dem auf Ostland gestrandeten schwedischen Schoner Clara, Kapitän Jönsson, mit Steinkohlen von Grimby nach Karlskamm bestimmt, 8 Personen durch das Rettungsboot Eugenie der Station gerettet worden.

Erdbeben. Aachen, 30. November. Heute morgen kurz nach 8 Uhr wurde ein kurzes, heftiges Erdbeben verspürt.

Großfeuer. Trier, 30. November. Ein Feuer löschte im Moseldorf Merl fünf massive Häuser ein. Es wird Brandstiftung vermutet.

Grubenbrand. Saarbrücken, 1. Dezember. Der Brand der Grube „Luisenthal“ dauert fort. Die Wassereinführung wird fortgesetzt. Im Zeitsohlensticht fanden weitere Wetterexplosionen statt. Der benachbarte Albertsticht feiert, die übrigen Schächte arbeiten jedoch weiter.

Drei Personen ertrunken. Venedig, 30. November. Bei der Nachbarsinsel Murano ließ gestern abend ein Nebel ein kleiner Dampfer mit einer Gondel zusammen; von den 10 Insassen der letzteren sind drei ertrunken, einer wird vermisst.

Letzte Nachrichten.

Przemysl, 1. Dezember. Der polnische Sozialistenführer Witold Reger ist gestorben.

Kiel, 1. Dezember. Der Feuermeistermaat Wilsch von der Werftdivision wurde vom Kriegsgericht wegen Bestechung von Beamten einer bewaffneten Macht degradiert und zu 14 Tagen Mittelarrest verurteilt.

Lübeck, 1. Dezember. Eine Lotteriegemeinschaft zwischen Lübeck, Mecklenburg und Preußen ist gebildet worden, wonach die Lübecker und die Mecklenburger Lotterie eingehen und in beiden Staaten Cinnahmestellen der preussischen Lotterie errichtet werden.

Petersburg, 1. Dezember. Seit der Beschlußfassung der Delegierten der Semstwo finden fortgesetzt Versammlungen statt, worin die Errichtung einer Konstitution verlangt wird. Andererseits finden aber auch Versammlungen statt, in denen diese Strömung bekämpft wird, so solche des Reichsrats, der Adelsmarschälle, ferner von 45 hohen Beamten, die eine Petition an den Zaren richteten, in der sie bitten, die Konstitution zu verweigern. Ferner nahm in Moskau der Gemeinderat auf Antrag des Bürgermeisters einen Beschluß an, die Bürgermeister aller russischen Städte zu einer großen Versammlung einzuberufen.

Tokio, 30. November. Das kaiserliche Hauptquartier macht bekannt, daß die japanische Kolonne, die den 203-Meter-Hügel angriff, am 30. November 10 Uhr vormittags auf den bereits eroberten Verschanzungen in der Nähe der Hügelspitze vorging und zurzeit der Befestigung in den südöstlichen Teil der Forts weiter gekämpft wurde. Um 7 Uhr abends dauerte auf dem Gipfel des Hügel der Kampf noch fort.

London, 1. Dezember. Die Wälder veröffentlichten Nachrichten über Tokio, welche besagen, daß der Fall der Forts Sungshan und Kitwanshan heute bevorstehe. Russische Kriegsgeschwader folgten aus: Was sei nunmehr vorbereitet für den Rückzug der Russen nach Kioleschan und den Tigerforts, sobald Sungshan und Kitwanshan gefallen seien.

London, 1. Dezember. Der Daily Telegraph meldet aus Tschifu vom 30. November: Die Japaner eröffneten am 29. nachts ein heftiges Bombardement. Nach aus Tschifu eingetroffenen Berichten kam es bei dem Sturm auf die Forts von Tschingshan und den 203-Meter-Hügel wiederholt zu Bajonettkämpfen. Die Verluste sind schwer. — Im Hauptquartier der Belagerungsarmee wird erklärt, daß seit Beginn der Belagerung 25 000 Japaner auf dem Schlachtfelde umkamen.

Tokio, 1. Dezember. Die Japaner eroberten den 203-Meter-Hügel und hatten ihn besetzt.

Die verehrlichen Postabonnenten

wollen rechtzeitig ihr Abonnement bei der betreffenden Postanstalt erneuern.

Die Freunde unserer Sache aber bitten wir auch im neuen Monat um ihr Wohlwollen zu bewahren und stets neue Abonnenten zu werben!

Redaktion und Verlag der Leipziger Volkszeitung.

Hierzu zwei Beilagen.

Oeffentliche Versammlung

des Wahlvereins von Leipzig-Stadt

Mittwoch, den 7. Dezember, abends 1/9 Uhr

im Volkshaus, Zeitzer Strasse.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Der Klassenkampf im Klassenstaat. 2. Diskussion. 3. Mitteilungen des Vorstandes.

Referent: Reichstagsabg. **Phil. Scheidemann** aus Offenbach.

Zahlreichen Besuch erwartet

[10085]

Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend, den 3. Dezember, abends 1/9 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Coburger Hof, Windmühlenstrasse.

Tagesordnung: 1. Mitteilungen über die Beschlüsse unseres Zentralvorstandes. 2. Beschlusfassung über die Lokalfrage für unsere Mitgliedervereinigungen. 3. Verbandsangelegenheiten (darunter Wahl eines Komitees für ein Winterfest).

Zahlreichen Besuch erwartet

[20002]

Die Lokalverwaltung.

Drechsler aller Branchen

Freitag, den 2. Dezember, abends 1/9 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Coburger Hof (Langer Saal), Windmühlenstr.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Siedersleben** über: Generale des Arbeitsprozesses und physische Entartung. 2. Wie hat sich nach der Lohnbewegung das Arbeitsverhältnis der Kollegen gestaltet? 3. Gewerkschaftliches.

Zahlreichen Besuch erwartet

[20003]

Die Sektionsleitung.

Dachdecker.

Sonnabend, den 3. Dezember, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Coburger Hof.

Vortrag vom Kollegen **Wille** über **Ronrad Drebler**.

Krankenkasse der Wagenbauer

Filiale Plagwitz.

Mitgliederversammlungen:

Für **Lindenau** und **Leutzsch**: Sonnabend, den 3. Dezember, abends 1/9 Uhr, im Restaurant von **Emil Welsko** (große Gaststube), Lindenau, Karl-Heine-Strasse 70.

Für **Plagwitz, Klein- und Grosszschocher** und **Schleussig**: Sonntag, den 4. Dezember, vormittags 1/11 Uhr, im Saale von **Emil Welsko**, Lindenau, Karl-Heine-Strasse 70.

Tagesordnung beider Versammlungen: 1. Wahl der Ortsverwaltung. 2. Verschiedenes

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Bevollmächtigte.

Reichs-Ecke

Reichsstrasse 45/47.

P. Danneberg.

Vorzügl. Mittagstisch von 12-3 Uhr.

Löwenschenke

Goldhahngäßchen

Nr. 1.

Telephon 3755.

Bürgerliches Verkehrslokal.

(Inh.: Karl Müller)

Täglich Spezialgerichte. Echte Biere, hell und dunkel, gut gepflegt.

Thüringer Hof Volkmarsdorf

am Markt.

Morgen Freitag

Großes humoristisches Konzert der überall beliebten

Rich. Quaas Original Leipziger Sänger.

Vorzugsprogramme in den meisten Zigarren- und Barbiergeschäften gratis zu haben. Hochachtungsvoll **Fritz Kassler**.

Barth

Kurprinzstr. 24

Ede Windmühlenstrasse.

Quittung der Volkszeitung mitbringen!

Billig und gut. Beispiellose Auswahl.

Prinzess-Puppenwagen, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 12, 14

Theresa-Puppenwagen, 1, 1,50, 2,50, 3, 4, 5, 6

Puppen-Sportwagen, 1,90, 2, 2,25, 2,40, 3, 4, 5, 6

Puppen-Wiegen, 3, 3,50, 4, 4,50

Kinderstühle, 50 & 70 & 1,50, 1,75, 2, 2,50, 3, 3,50

Faulenzer. Marke Näher, 2, 3, 3,50, 4, 5, 6

Triumphstühle, 7,50, 9, 10, 11, 12, 13, 16

Rohrlehnstühle, 5, 6, 7, 8, 9, 10

Tragkörbe, 3 & Wäschekörbe, 1,50 bis 4,50

Holz- & Reisekörbe, 2 bis 14

Papierkörbe von Rohr, 50 & Kinderkörbe, 3 bis 5

Verstellbare Kiosett-Kinderstühle mit Spieltisch, 3, 4, 5, 6,50, 8, 9 bis 12

Quittung der Volkszeitung mitbringen!

Extra-Rabatt auf alle Waren wie seit Jahren.

Geöffnet bis abends 9 Uhr.

Im Café Bergknecht

Zschochersche Str. 33

Ist man für 30 Pfg. vorzüglich zu Mittag und zu Abend. Nachts bis 2 Uhr geöffnet. Gemüthlicher Aufenthalt.



Laferme's Kenner

Beste 2 1/2 Pfg.

Cigarette.

Seit 1878

Fabrikant und Patent-Inhaber

liefert die leistungsfähigsten

Strickmaschinen

Hugo Günther, jetzt Zeitzer Str. 9, 1.

Stetige Garantie. Unterricht gratis.

Beste Strickgarne zu Fabrik-Preisen!

Reparaturen exact und billig!

Geübte Stricker erhalten Arbeit!

Eugen Dietze, Reitzenhäuser

empfehlen werthen Parteigenossen

und Freunden sein großes Lager in

Gärten und Wägen, Pelzwaren

nur moderne Sachen, Krawatten

und Kostenträger, in reichster

Auswahl.

Filiale der Leipz. Volkszeitung.

Annahme von Annoncen.

Geogr. 1858 Bruno Büttner Geogr. 1858

Schuhwarenhandlung, Reitzenb. St. 34

Größtes Lager d. Südostvorstadt

Spezialitäten in

Boxkalf u. Chevreauz, d. b. billigst.

Preisen. Reiche Auswahl i. Natur-

formen. Sohlens u. Spazierstöcke,

pass. u. Gefäß. Maassarbeit u. a. Repar.

Harmonikafabrik von

Richard Beier & Co.

Altenburg S.-A. Nr. 82

liefert das beste, was es

gibt in

Künstler-

Zugharmonikas

zu Fabrikpreisen.

Bersand direkt an die

Spiele. Katalog gratis u. franco.

Schuhwarenhaus

Aurellenstr. 41 Lindenau Eokegut.-Str.

empfiehlt sein Schuhwarenlager

in anerkannt guter Ware zu bill. Preisen.

Großes Lager in Filzwaren.

Eigene Maass- und Reparaturwerkstatt.

Ang. Günther, Schuhmachermstr.

Die vereehrte Nachbarschaft, Freunde

und Bekannte mache ich auf mein solides

Schuhwaren-Lager

Maass- u. Reparaturwerkstatt

aufmerksam. [19583]

Ernst Becker, Markt. Steinweg 20.

Große Auswahl prämi. Kanarienvogel,

hochf. Sommerkrähen, 5 Pfd. 1, 1, 1/2, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Volkshaus

Früher Tivoli Zeitzer Straße Leipzig Fröher Tivoli Zeitzer Straße

Telephon 3170.

Sonntags vormittags von 11-1 Uhr Fröhshoppen-Konzert.

Nachmittags von 4 Uhr an **Grosses Ballfest.** Entree 20 Pfg. Entree 20 Pfg.

Jeden Sonntag abend **Familien-Konzerte** in den vorderen Räumen des Etablissements. Entree frei.

Im kleinen Saal Auftreten des beliebten

Baierschen Landler-Trios.

ff. Lager- und Pilsner Bier aus der Brauerei Gebr. Würsch, Stötterich, sowie echt **Kulmbacher** aus der Aktien-Export-Brauerei. Reichhaltige Küche. Mittags- u. Abendkarte.

Jeden Tag **Spezialgerichte** zu niedrigen Preisen. Empfehlen unsere freundlichen und geräumigen Lokalkitäten zu Festlichkeiten u. Versammlungen etc. **Schöne Adphattegelbahn.**

Schloss L-Lindenau-Plagwitz

Karl-Heine-Str. 52 Def.: Otto Besser.

Größtes hochlegant. Konzert- und Ball-Etablissement am Platz, 4000 Personen fassend. — 4 große Nebensäle. Morgen Freitag, den 2. Dezember, **Grosse Kirmes-Feier**, verbunden mit **Gumarkst. Konzert der Thüringer Orig.-Bauernkapelle** in Nationaltracht. Punkt 11 Uhr: Or. **Sohnopoloisse** mit Bomben- u. Granaten. Die originellste Idee d. Neuzeit. Nach dem **Kirmes-Ball** bis 2 Uhr.

Westend-Hallen Leipzig-Plagwitz.

Morgen Freitag, den 2. Dezember **Schneidige Ballmusik.**

Nur neueste Tänze. Volles Orchester der Freien Musiker-Vereinigung. — Anfang 8 Uhr. [10095] Ergebenst **Fritz Kemme**.

Terrasse, L.-Kleinzschocher.

Freitag, den 2. Dezember **Krystall-Palast-Sänger.** Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Es ladet ergebenst ein **H. Dümpel**.

Saxonia L-Plagwitz

Zschochersche Straße Ede Schmiedestraße. Angenehmer Aufenthalt in sauberen, neu renovierten Lokalkitäten. — **Vorzügl. Speisen. Gutgepflegte Biere.** Ergebenst [14000] **Geinrich Pulter**.

Jahns Bier- u. Speise-Haus „Zum Tauchaer Tor“

Morgen Freitag, den 2. Dezember, vormittags 10 Uhr **Herren-Frühstück** (als Ersatz für Martin-Schmaus) verbunden mit **Großem Doppel-Schlachtfest**. ff. Küche. Biere und Weine vorzüglich. **Kräftigen Mittagstisch** von 12-2 Uhr. Hochachtungsvoll **Otto Jahn**.

Syphonbiere Flaschenbiere

C. G. Canitz

Tel. 397 Reudnitzer Strasse 14-16. Tel. 397 Für **Wöchnerinnen und Blutarme Tauchlitzer Schwarzbier** 20 Flaschen Mk. 3.—. **Arztlich sehr empfohlen.**

Möbel-Ausstattungs-Haus E. Panster

Werfeburger Straße 18 Plagwitz Werfeburger Straße 18. **Bestes Möbelgeschäft am Platz.** Braut-Ausstattungen, sowie einzelne Möbel jeder Art zu äusserst billigen Preisen. **Paffende Weihnachts-Geschenke** in großer Auswahl. **Solide Ware.** [19086] **Billige Preise.**

Politische Uebersicht.

Militaristischer Synismus.

Selten ist man bei der Begründung einer Militärvorlage so zynisch und gewissenlos vorgegangen, wie bei der neuesten Leistung auf diesem Gebiete. Die allgemeine weltpolitische Situation hätte eher eine Veranlassung zur Herabsetzung statt zur Erhöhung der Friedenspräsenzstärke abgeben können.

Um nun seinen unrichtigen Angaben den Schein der Wichtigkeit zu geben, scheut der preussisch-deutsche Militarismus selbst vor einem Bruch mit der doch sonst ihm heiligen „Tradition“ nicht zurück.

Das deutsche Volk hat das zweifelhafte Vergnügen, jahraus jahrein rund eine Milliarde, das heißt tausend Millionen Mark für Militär und Marine auszugeben.

Und doch wäre es falsch, wollte man annehmen, daß die bürgerlichen Parteien auch nur versuchen wollten, den neuesten Forderungen Wolochs einen irgendwie ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen.

An der Sozialdemokratie ist, die Massen aufzuwecken, und ihnen die grauenvollste Ausplünderung immer wieder ins Bewußtsein zu hämmern, die dieses verurteilte System an ihnen vollzieht.

Deutsches Reich.

Der Gelsenkirchener Wasserwerksprozeß.

In der gestrigen Verhandlung betonten die Angeklagten, daß ihnen jedes Bewußtsein und die Absicht, das Gesetz zu verletzen, gefehlt habe. Direktor Hegeler hat noch, den Maschinenmeister Niesenbahl, der doch nur fremde Aufträge ausführte, auch dann freizusprechen, falls das Gericht zur Bejahung der Schuldfrage komme.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte die Strafammer in Görtzig den Arbeiter Gortig aus Weißwasser zu 4 Monaten Gefängnis.

Berlin, 1. Dezember. Das preussische Herrenhaus feierte gestern sein fünfzigjähriges Bestehen. Der Polizeiminister v. Hammerstein hielt die Festrede.

Die Kanalcommission des Abgeordnetenhauses nahm in zweiter Lesung den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin fast einstimmig an.

Parlamentarisches. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestimmte als Redner für die erste Lesung des Reichshaushaltsetats Bebel und v. Vollmar, für die Handelsverträge Vermeier und Singer.

Im preussischen Abgeordnetenhause wurde die ganze gestrige Sitzung noch ausgefüllt durch die Weiterberatung der Hibernialvorlage, die von den nationalliberalen Abgg. v. Eynern und Girsch-Essen einer scharfen Kritik im Unternemmerium unterzogen wurde.

Die gute Freundschaft! Die Amerikaner haben wiederum ein freundschaftliches Telegramm aus Berlin oder vielmehr aus dem Orte erhalten, wo sich Wilhelm II. zur Zeit der Abreise gerade aufhielt.

Zur angeblichen Sicherung des Staatsoberhauptes in St. Louis wurden nach russischem Muster zahlreiche Vorbeugungsverhaftungen vorgenommen, denen, wie wir bereits gestern meldeten, auch Johann Most zum Opfer gefallen ist.

Der rührige Freisinn. Seitens der freisinnigen Parteien des Reichstags ist nachfolgende Resolution Müller-Weinungen-Payer zur 2. Beratung des Reichshaushaltsetats für die Verwaltung des Reichsseees eingebracht worden:

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, daß er Sorge, daß 1. zugleich mit der beginnenden Reform des Bürgerlichen Strafgesetzbuches eine durchgreifende, den modernen Rechtsanschauungen entsprechende allgemeine Reform des Reichsmilitärstrafgesetzbuches angebahnt werde;

Wenn es dem Freisinn wirklich darum zu tun ist, die Ungeheuerlichkeiten des militärischen Strafverfahrens zu beseitigen, darf er nicht mit einer so zahmen Resolution angefahren kommen.

Die Einzigen und ihr Eigentum. Die Sozialistenfresserei ist von den Antisemiten und Agrariern als nur ihnen zustehendes Eigentum von dem bekannten Reichsverband zurückgefordert worden.

Noch ein militärisches Zuchthausurteil. Wieder ist ein drakonisches Militärgerichtsurteil ergangen: Das Oberkriegsgericht zu Deutsch-Krone in Westpreußen verhandelte am Montag als Berufungsinstantz gegen drei Soldaten vom Infanterieregiment 140 aus Inowrazlaw, die vor kurzem zu je 6 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Der als Meuterei ausgelegte Vorgang spielte sich in der Dunkelheit ab. Der Sergeant war den Verurteilten persönlich unbekannt. Die Vorsätzlichkeit ist also ausgeschlossen, so daß eigentlich auch von Meuterei keine Rede sein kann.

Die ganze Zuchtbarkeit des Dessauer Kriegsgerichts-urteils kommt einem noch mehr zum Bewußtsein, wenn man ihm das Urteil gegenüberstellt, das am 30. November das Kriegsgericht Rürberg gefällt hat.

Kleines Feuilleton.

Altes Theater (Kabale und Liebe). Frä. Marie Urban hat gestern das Spiel verloren. Nachdem wir sie nun auch als Luise Willerin gesehen haben, kann von einer Empfehlung ihres Engagements nicht mehr die Rede sein.

Unser Schauspielensemble ist nichts so dringend zu wünschen als eine Ergänzung durch Kräfte, die das Publikum wirklich zu interessieren vermögen.

Zu diesen Kräften gehört nun Frä. Urban sicher nicht. Sie hat nichts Jugendliches an sich, mag sie nun alt oder jung sein.

aufwies. Noch immer: denn schon zeigt sich hier das für Leipziger Theaterverhältnisse charakteristische Nachlassen der Energie, ein viel zu frühes Nachlassen, das bedenklich stimmen kann.

Nichts ist ja auf die Dauer unerträglich im Theater als diese ewige brave Wohlstandigkeit der Leistungen ohne starke persönliche Note.

Zu diesen Kräften gehört nun Frä. Urban sicher nicht. Sie hat nichts Jugendliches an sich, mag sie nun alt oder jung sein.

Liebe sich als Antwort der aufstrebenden bürgerlichen Jugend seiner Zeit fühlte und etwas von seiner Not und seiner Vergrößerung in die Geigerstöcher hineinlegte.

Las gestern abend im Festsaal des Hotel de Prusse eigne Dichtungen vor. Zunächst war es interessant zu sehen, daß der „Revolutionsdichter“ der Lyrik, der die Lyrik von den „veralteten“ Festsälen des Meims und des gleichmäßigen Rhythmus befreien wollte, gerade jene Gedichte am schlechtesten las, ja vollständig abfallen ließ, die diesen seinen Forderungen am meisten entsprechen.

In der zweiten Abteilung ließ der Dichter Kar erkennen, daß sein ganzes Herz seinem letzten Gedichtworte, dem D a f u t, gehört.

* Das Buch ist im Verlag von H. Biber u. Co. in München erschienen. Preis 1 Mk.

zeitig wurde ihnen befohlen, nachmittags um 1 und um 3 Uhr zum Appell anzutreten, wodurch sie vom Trinken abgehalten werden sollten. Sie erschienen aber nicht und kamen auch zum Hauptappell um 5 Uhr verspätet und in betrunkenem Zustande an. Der Hauptmann gebot dem Bizefeldwebel, sie in ihre Quartiere zu führen. Sie gingen aber nicht mit und als der Feldwebel ihnen eröffnete, daß es Befehl des Hauptmanns sei, weigerten sie sich widerstandslos und erklärten: „Das ist mir Wurs!“. Der Feldwebel wurde als „Kohldammfischer“, was so viel wie Hungerleider bedeutet, bezeichnet. Trübsichrig dabei auch kein Wehrer auf den Boden und ein anderer von den Angeklagten erhob drohend die Hand. Die Jungen behaupteten, daß sich die drei schon in ihrem Quartier verabredet hätten, nicht zum Appell zu gehen. Das Gericht sprach sie von der Anklage der Meuterei frei und verurteilte sie nur wegen Ungehorsams, Ungehorsams, Trunkenheit im Dienst, Beleidigung und unerlaubter Entfernung zu 42 Tagen Militärarrest. Es soll nicht gesagt werden, daß diese Strafe etwa zu gering sei, der Fall soll nur zur Illustration des Dessauer Urteils dienen. Die Verurteilung der in Dessau zu Buchhaus verurteilten Soldaten — wenn von einer Verurteilung hier überhaupt geredet werden kann — erscheint jedenfalls in viel milderen Tönen als diejenige der drei in diesem Falle Angeklagten.

tz. Nachwehen des Hamburger Brauerstreiks. Eine Beleidigungsklage des Vorsitzenden des Einigungsamts und des Gewerbegerichts zog sich der Geschäftsführer der Fachstelle Hamburg des Handels-, Transport- und Verlehdarbeiterverbandes — Max Himpel — zu. Gelegentlich einer Kartellversammlung am 9. Juni soll er im Laufe seiner Ausführungen den Schiedsrichter des Einigungsamtes mit den Worten kritisiert haben: „Diesen Kartellstreik können wir nicht annehmen. Bei Durchsicht des Berichts des überwachenden Beamten gab die Polizeibehörde diesen weiter, und der Senat stellte gegen Himpel Strafantrag. In der Verhandlung bestritt H., den inkriminierten Ausspruch getan zu haben; vielmehr habe er gesagt: „So, wie der Spruch ist, kann ich ihn meinen Kollegen nicht zur Annahme empfehlen; das wäre ein Diskontenferkel.“ Das Gewerbegericht wollte er nicht befeidigen, da er selbst längere Zeit Beisitzer war und mit Dr. Wolsen gearbeitet hat. Auch andere Tags in der Versammlung wies er jeden Angriff auf das Gewerbegericht und den Vorsitzenden energisch zurück. Der überwachende Beamte, Polizeiwachmeister Thomas, behauptet, die Äußerung habe genau so gelaute, wie sie im Bericht enthalten sei. Auf Verlangen des Staatsanwalts berief der Beamte die Stelle aus seinem Stenogramm. Mehrere Zeugen, die als Kartellbelegierte der Sitzung beizuhören, verstanden den Satz so, wie ihn der Angeklagte heute äußerte. Der Zeuge Reulle, der als Beisitzer an dem Schiedsgericht mitwirkte, erklärte, die Ausführungen Himpels sehr aufmerksam verfolgt zu haben, und hat genau gehört, daß H. sich geäußert, es wäre ein „Diskontenferkel“, den er begehren würde, wollte er den Spruch seinen Kollegen zur Annahme empfehlen. Daß der Schiedsrichter als Kartellstreik bezeichnet würde, hätte er sich nicht gefallen lassen und ganz energisch dagegen sich verwahrt. Der Staatsanwalt hielt gegen alle Zeugenaussagen nur die Aussage des Polizeiwachmeisters als zuverlässig, weil dieser die Aussage sofort stenographiert habe. Er beantragte sechs Wochen Gefängnis. Der Verteidiger wies auf die Zeugenaussagen und die Möglichkeit eines Irrtums des Beamten hin und beantragte Freispruch. Das Gericht hielt jedoch auf Grund der polizeilichen Bekundung die Beleidigung für erwiesen und verurteilte H. zu einem Monat Gefängnis.

(*) Stuttgart, 30. November. Einen beachtenswerten Erfolg hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen bei der Wahl zum Kaufmannsgericht in Stuttgart-Kannstatt errungen. Nachdem sein Ansuchen, eines seiner Mitglieder auf die gemeinsame Liste zu übernehmen von den übrigen 8 Vereinen unter Führung der deutschen nationalen abgelehnt war, stellte der Zentralverband eine eigene Liste auf, die 181 Stimmen auf sich vereinigte, er erhielt damit 7 Beisitzer. Der Rest der übrigen 8 Vereine erlangte 681 Stimmen und 28 Beisitzer.

Kleine politische Nachrichten. Die nach Kabul entsandte britische Sonderdelegation ist gestern in Dalka eingetroffen. Sie wurde in Landsham von einer 200 Mann starken afghanischen Kavallerieabteilung und von den afghanischen Behörden empfangen. — Das italienische Parlament ist gestern mit einer Thronrede eröffnet worden. — Nachdem der Rektor der Universität Budapest den Studierenden tunliche Berücksichtigung ihrer Beschwerden in Aussicht gestellt hat, herrscht vollkommene Ruhe. Die Vorlesungen sind wieder aufgenommen worden. — Zu dem Anschlag auf den Polizeimeister v. Redlich in Gienstschau wird gemeldet, daß die ihn behandelnden Ärzte namenlose Drobbriefe erhielten, so daß sie die Behandlung aufgeben haben. Der schwerverletzte Polizeimeister mußte nach Warschau ins Militärkrankenhaus geschafft werden. — Der französische Kriegsminister Verneau hat die Korpskommandeure in einem Rundschreiben aufgefordert, alle Soldaten, welche nicht die nötige Widerstandsfähigkeit besitzen und besonders diejenigen, die von der Schwindsucht bedroht erscheinen,

von den Reihen genau unterzuchen zu lassen und eventuell heimzuschicken. Die Zahl der zur Entlassung kommenden Soldaten wird von mehreren Blättern auf 7000 geschätzt. — In einer Versammlung aller slowakischen Arbeiter der Wiener Nordbahn wurde gestern einstimmig beschlossen, die Arbeit auf den Kohlenrutschen wieder aufzunehmen.

Frankreich.

Aus der Deputiertenkammer.

Paris, 30. November. Es wird das Budget des Handelsministeriums beraten. Bailant (Soz.) beantragt eine parlamentarische Untersuchung über die Ausstände; er schlägt die Zahl der kurzzeit ausständigen französischen Arbeiter auf 400 000 und empfiehlt eine bessere Verteilung der großen öffentlichen Arbeiten, die Einföhrung des achtstündigen Arbeitstages und die Abänderung des Gesetzes über die Frauen- und Kinderarbeit. Handelsminister Tronillot bemerkt, die genannte Zahl Ausständiger sei keine exzessive. Er sei damit einverstanden, daß die parlamentarische Kommission für die Arbeiterverhältnisse die vom Vorredner gewünschte Untersuchung ausführe. (Beifall.) Müllerand (Soz.) teilt mit, daß die Kommission für soziale Fürsorge einen Antrag angenommen habe, wonach Unterstützungen bei Ausständen gewährt werden. Doumer (radikal) begrüßt die Schaffung dieser Unterstützungen. Der Antrag Bailant wird hierauf angenommen, und nach Erledigung mehrerer Kapitel des Handelsbudgets verläßt sich das Haus.

Aus dem deutschen Kolonialgebiet.

Neue Goldminen.

Die Berliner Zeitung erhält folgendes Telegramm:

London, 30. November. Die Lage der Weißen in Deutsch-Südwestafrika wird, wie Standard aus Kapstadt meldet, in Telegrammen von der Grenze der Kolonie als sehr ernst geschildert. Ein Telegramm aus Livingston meldet, daß die aufständigen Farbigen 60 holländische Ansiedler ermordeten, und daß die weißen Frauen und Kinder nach der Kapkolonie flüchten, wo man Vorbereitungen trifft, die in größtem Eile einzureisen aufzunehmen. Von verschiedenen Seiten laufen gleichlautende Berichte über Massenmorde durch die Gotteniotten auf deutschem Gebiet ein.

Die von Trotha gemeldeten Erfolge gegen die Witbois sind also nicht weniger als Erfolge gewesen. Die Aufständischen spielen noch immer die Rolle des Angreifers und erscheinen, wie man es auch von den Hereros gewohnt war, nach jedem deutschen „Erfolg“ feilsch da, wo man sie am wenigsten erwartete. Inzwischen fordert der Typhus unter den deutschen Truppen täglich neue Opfer.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Angstprodukt.

Die Reaktion triumphiert! Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Dresden hat die Liste des reaktionären Wirkmachts, zu dem sich die Reformen, Konserwativen, Bezirksvereine, Hausbesitzer, die Krämer-Schubvereine, die Lehrer- und Beamtenvereine u. c. seit Jahren vereinigt haben, den Sieg davongetragen. Für die Reichsmaschliste stimmten 11 588 Stimmen, während auf der sozialdemokratischen Liste die höchste Stimmenzahl 10 236 beträgt. Die Liste der nationalliberalen Reichstiere brachte es im Höchstfalle auf nur 2907 Stimmen. Bei den Wahlen im vorigen Jahre wurden für die vereinigte Reichsmaschliste rund 9000, für die Sozialdemokraten 6000, für die Liste des liberalen Reichvereins 2000 und für die der Reichvereiner 1500 Stimmen gezählt. Die Reichvereiner haben bei diesen Wahlen auf die Aufstellung einer eigenen Liste verzichtet und, soweit sie sich an den Wahlen beteiligt haben, wohl für die nationalliberale Liste gestimmt. Daher das Mehr von 900 Stimmen gegen die letzte Wahl. In Wirklichkeit haben die Nationalliberalen, die bei den letzten Landtagswahlen den konservativen Kandidaten verdrängten und darin eine Wiedererneuerung des wirklichen Liberalismus erblickten wollten, eine empfindliche Niederlage und grenzenlose Blamage erlitten. Die anscheidenden Nationalliberalen sind sämtlich durch wackere Reformen ersetzt worden; diese Niederlage wäre aber nicht so blamabel, wenn sich die Nationalliberalen durch den geplanten Fußhandel mit der reaktionären Vereinigung nicht um den Rest ihres politischen Kredit gebracht hätten.

Die Sozialdemokraten, die im Jahre 1902 nur 2000 Stimmen, im vorigen Jahre 6000 Stimmen musterien, haben wiederum über 4000 Stimmen gewonnen, während die vereinigten Reaktionen nur eine Zunahme von 1500 Stimmen zu verzeichnen haben. Auffällig ist, daß, obwohl rund 9000 Einwohner, unter denen sich 3900 Arbeiter befinden, im letzten Jahre das Bürgerrecht erworben haben, doch nur rund 7000 Stimmen mehr abgeköhlt sind, als im vorigen Jahre.

Dies ist wohl zum Teil darauf zurückzuführen, daß viele von den Dresdener Pensionären, die an den kommunalen Verhältnissen gar kein Interesse haben, das Bürgerrecht nur erworben haben, um sich von der hohen Einwohnersteuer, die nur die Nichtbürger leisten, zu befreien. Der Hauptgrund für diese mangelhafte Wahlbeteiligung — es wählten im ganzen 70 Prozent der Wahlberechtigten — dürfte in der ungünstigen Wahlzeit von morgens 9 bis mittags 2 Uhr zu finden sein, die völlig ungenügend ist und es namentlich vielen Arbeitern unmöglich macht, an der Wahlurne zu erscheinen.

Nach alledem hat allein unsere Partei Ursache, auf den Wahlausfall stolz zu sein. Er hat zwar den Reaktionen den Sieg gebracht, aber er ist nur ein Angstprodukt, und er wäre der unwiderrüflich letzte Sieg, wenn die nächsten Wahlen wieder unter dem alten Wahlrechte vor sich gingen.

Die Reaktionen werden nun ihre geschlossene Macht benutzen, im nächsten Jahre die Wahlrechtsänderung ganz nach ihrem Geschmacke durchzuführen. Sie haben bei diesem sauberen Gelingen weder die Sozialdemokraten, noch die Nationalliberalen, die vollständig an die Wand gedrückt sind, zu fürchten und werden ein Wahlrecht auskloßeln, bei dem man nicht nur die Arbeiter auf das Empfindlichste denachteiligen, sondern auch die jetzigen kleinen Verbänden der Hartwig-Abhelm-Clique, die evangelischen Arbeitervereiner, die Lehrer, Beamten und ganz besonders den kleinen Mittelstand, gründlich über den Kößel barbicieren wird.

Die undankbaren Sozialisten! Wir berichteten dieser Tage, in welcher bürokratischen Weise die sächsische Regierung gegenüber jener Arbeiter verfährt, denen mit Hilfe eines Beitrags des verstorbenen Königs Georg und der Staatsregierung ein Besuch der Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg ermöglicht worden ist. Daß die Reise dorthin von den Ausgewählten mit einem gemeinsamen Zuge erfolgt, läßt sich schließlich verstehen, daß aber die Rückreise mit einem gemeinsamen Zuge erfolgen soll, das ist ganz und gar unverständlich. Diese Maßnahme läßt sich nur verstehen unter dem Gesichtspunkte, daß die Regierung verhüten wollte, daß die Ausgewählten bei Singer, Bebel oder in der Redaktion des Vorwärts vorkommen. Der Gipfel der Bevormundung der von der Regierung Ausgewählten aber ist es, der den Leuten zugemutet wurde, die Unkosten für die ganze Fahrt anzulegen bis zu ihrer Rückkehr nach Dresden. Gegen diesen lächerlichen Bureaukratismus halten wir uns gewandt und dazu bemerkt: „Das Verhalten der sächsischen Regierung in dieser Frage muß es einem Arbeiter, der auch nur eine Spur von Selbstbewußtsein besitzt, vollständig verleidern, sich mit ihr irgendwie einzulassen.“

Diese unsere Auffassung wird jeder Verständige unterschreiben. Denn wenn man den Arbeitern schon eine Wohlfahrt erweisen will, so sollte man sie doch nicht wie eine Hammelherde behandeln. Mit unserer Auffassung sind aber die Sächsischen Politischen Nachrichten nicht einverstanden; ihnen — und ebenso einer großen Anzahl bürgerlicher Blätter, wie den Leipziger Neuesten Nachrichten usw. — fehlt es aber an der schönsten Gottesgabe, an der Vernunft. Die erwähnte Korrespondenz rühmte: „Nach dieser Probe gemeinsten Undankbarkeit und Verhöhnung würde man es der Regierung nicht verargen können, wenn sie es sich fürderhin überlegte, ob sie in kommenden Fällen Arbeitern bei gleichen Gelegenheiten Beihilfen zuwenden wird. Es scheint nun einmal sozialdemokratische Gespinnsterei zu sein, zu nehmen, so viel man kann, und dann dem Geber einen Fußtritt zu geben.“

Wenn der Tintenkuli, der jene Korrespondenz verfertigt, und die Preßmameluden, die jene Korrespondenz als Futter benutzen, ihre fünf Sinne beisammen hätten, würden sie solchen Kofh im Tintenfasse und im Kleinstertopfe stecken lassen. Denn gegen die Sache an sich, d. h. gegen die Ermöglichung des Besuchs von Ausstellungen durch Arbeiter haben wir nichts einzuwenden, auch im vorliegenden Falle nichts eingewendet; im Gegenteil haben wir es stets anerkannt, wenn von Regierung wegen derartige Schritte unternommen werden. Wir haben uns, wie gesagt, nur gegen die bürokratische Art der Ausführung dieser Maßnahme gewandt. Und in dieser Beziehung muß, das wiederholen wir, jeder vernünftige Mensch mit uns einverstanden sein.

Zur Wittweidauer Stadtverordnetenwahl wird der Chemnitzer Volksstimme gefolgt: „Um weiteren irtigen Aufstellungen zu begegnen, wollen wir hiermit nochmals konstatieren, daß wir bei der diesjährigen Stadtverordnetenwahl, wie wir schon in einem früheren Bericht bemerkten, unsern Bestvstand behaupten konnten und noch ein neues Mandat erobereten.

17. Jahrhundert“ verjucht, indem er in der Art und Sprache jener Zeit einen fingierten Dichter die Ereignisse seines Lebens besingen läßt. Holz hat sich nach seinem eignen Bekenntnis ein Jahr lang dem eifrigsten Studium jener Zeit hingeben müssen, um ihren Geist ganz zu erfassen und ihre Sprache sich bis zum freien, ungezwungenen Gebrauche anzueignen. Was daraus entstanden ist, ist ein seltsames, reizvolles Kunststück, aus dem sich jeder empfängliche Leser nach seiner Weise einige Lieblinge holen kann. Im Vortage durch den Dichter selbst ging der altzeitliche Stil, der sich dem Leser durch das äußere Mittel der Orthographie und des Druckes erhöht mittelst, stark verloren, und es erwies sich dafür, daß die Gedichte auch für sich selbst bestehen können. Auch hier trug Holz am weitesten vorkommen die humoristischen Prachtstücke vor, z. B.: Er bökuliert im Hirschen oder Er sieht sich am andern Morgen im Spiggl' usin. Im Großen und Ganzen war es ein gewitzreicher, interessanter Abend, der dem Dichter Holz vielen Beifall brachte und ihm neue Freunde gewonnen haben wird.

Theaternachrichten. Neues Theater. Freitag: Der Waffenschmidt. Die Partie der Irmentraut singt Fr. v. Neuenhoff vom Nürnberg Stadttheater als Gast auf Engagement. Sonnabend: Wilhelm Tell (Schauspiel). Sonntag: Rienzi. — Altes Theater. Freitag: Jung-Deibelberg. Sonnabend: Frühlingluft. Sonntag nachmittags 1/2 3 Uhr: Romeo und Julia (Vorstellung für den Leipziger Arbeiterverein), abends: Die Fledermaus.

Am Freitag beginnt an der Tageskasse des Neuen Theaters der Billetoververkauf zu dem einmaligen Gastspiel der Zwillingsschwester, Fräulein Christian von der Petersburger Hofoper in Mignon am Dienstag, 6. Dezember. Fräulein Emma Calvé ist erkrankt und kann daher ihr nochmaliges Gastspiel als Carmen nicht am 9. Dezember, sondern, wie die Künstlerin der Direktion nach ärztlicher Konsultation mittelst, erst am Montag, 12. Dezember, absolvieren. Die Abonnenten werden gebeten, die für den 9. Dezember bereits gelösten Billeto umtauschen lassen zu wollen gegen Billeto für den 12. Dezember. Der allgemeine Billetoververkauf beginnt morgen von 10 bis 8 Uhr an der Tageskasse des Neuen Theaters.

Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Freitag: Traummulus. Sonnabend: Rata, biblisches Drama in 1 Akte, einem Vor- und einem Nachspiel von Ludwig Weber. Sonntag, nachmittags: Der Hochtourist (halbe Preise), abends:

Traumulus. — Theater am Thomasing. Freitag: In Vertretung. Sonnabend: Soldaten (halbe Preise). Sonntag: Liebestämpfe, vier Einakter von Leo Venz (Der Kampf mit dem Drachen. Reiterob. Mater dolorosa. Die Banauenschlacht).

Eine neue Schnellbahn. Zwischen Liverpool und Manchester, den großen englischen Handels- und Industriezentren, wird gegenwärtig eine neue elektrische Schnellbahn in Betrieb gesetzt, die nicht nach dem deutschen, auf der Marienfeld-Josener Militärbahn erprobten System konstruiert ist, sondern eine rein englische Erfindung darstellt. Während die elektrische Eisenbahn der Studiengesellschaft für Schnellbahnenwesen in Berlin ganz unsern heutigen Dampfseilbahnen entspricht, die gleiche Wagen- und Unterbaukonstruktion führt wie diese, gehört die neue englische der Klasse der sogenannten „einschienenigen“ Bahnen an. Die einzige Hauptstütze liegt hierbei etwa 1/2 Meter über dem Erdboden auf einem Gefälle von vielen nebeneinanderstehenden eisernen Wäden, an denen unten, 0,80 Meter über der Erde, nochmals rechts und links schwächere Schienen verlaufen. Dieser eigentümliche Gleiskörper ist infolge interessant, als die Wäde, die ja die Last von Schienen und Zug zu tragen haben, verhältnismäßig leicht und schwach sind; die notwendige Stabilität wird durch geeignete Verbindungen, Anker, Stützen und Streben erzielt. Der Zug reitet gewissermaßen auf dem Schienengefelle, und zu diesem Zweck sind die Wagen mit einem großen Einschnitt in der Längsrichtung versehen, der, der Gestalt des Schienenkörpers angepaßt, durch den Wagen zu 3/4 von dessen Höhe hingehet; der Wagen wird also hierdurch in seiner Längsrichtung in zwei Hälften zerlegt, die rechts und links über den Gleiskörper herabhängen. Oben in dem Einschnitt liegen die Laufräder des Wagens, die die obere große Hauptstütze befehen, unten auf den Nebenbahnen rollen kleinere Stützräder. Trotz dieser Konstruktion sind Anordnungen getroffen, die eine schnelle und leichte Zugänglichkeit zu den rollenden Bestandteilen des Zuges ermöglichen. Da nun das Gleis in der Mitte durch den Waggon hindurch führt, so durfte man, um Kurven befehen zu können, die Wagen nicht zu lang machen, und sie sind tatsächlich nicht länger als ein gewöhnlicher zweirädriger Güterwagen. Ebenso müssen natürlich die Nohlräume der Wagen, wo dieäder in Sicht der Passagiere laufen, gegen die Coups hin sehr gut schalldämpfend isoliert sein, um das Geräusch nicht zu übertragen. Der Zweck dieser

eigentümlichen Bauart ist der, ein Entgleisen auch bei hohen Geschwindigkeiten zu vermeiden, und das dürfte wohl erreicht sein. Die zugehörigen Lokomotiven sind ähnlich gebaut wie die Wagen und direkt für 100—170 Kilometer Fahrgeschwindigkeit in der Stunde eingerichtet. Sie enthalten schwere Elektromotoren, die den Strom aus den isoliert liegenden Stützhütten zu beiden Seiten des Gleisgefelles durch Schleifkontakte erhalten. Gegenüber den Bahnen jetigen Systems soll die Reifebauer zwischen den beiden Städten auf die Hälfte herabgesetzt werden.

Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft. Im Verlag der Frauenrundscha (Schweizer u. Co.) in Berlin und Leipzig wird eine Sammlung: Populäre Rechtskatechismen erscheinen, die Dr. jur. Marie Raske herausgibt. Die Sammlung verfolgt in erster Linie den Zweck, die bürgerliche Frauenwelt in das Verständnis der Rechtswissenschaft einzuführen, soll sich aber auch als Unterlage für den Rechtsunterricht in Fortbildungsschulen u. dgl. eignen. In Aussicht genommen sind u. a. Hefte über eheliches Güterrecht, Miets, Vertrags-, Verwandtschaftsrecht, Erbrecht, Recht der Kaufleute und Handlungsgehilfen, Strafprozeß und Strafrecht, Fürsorgeerziehung, Konkursrecht. Als erstes Heft ist soeben erschienen Das Vormundschaftsrecht von Dr. jur. Ehlfesing. Preis 78 Pfg. —

Nach einer französischen Statistik über die europäischen Theater markiert Frankreich mit 894 Theatern an der Spitze. Es folgen: Italien mit 880, Deutschland mit 264, England mit 205, Spanien mit 100, Oesterreich mit 188, Rußland mit 99, Belgien mit 59, Schweden und Norwegen mit 46, Holland mit 42, die Schweiz mit 35, Portugal mit 16, Dänemark mit 15, die Türkei mit 9, Griechenland mit 8, Rumänien mit 7 und Serbien mit 6 Theatern. —

In Neuyork ist die einst vielgefeierte Schauspielerin Fanny Tanausche an Altersschwäche in einem Sanatorium gestorben. Sie wurde 1829 in Prag geboren, kam früh zur Bühne und wurde schon 1850 zu den ersten Darstellerinnen Deutschlands gezählt. 1861 kam sie ans Dresdener Hoftheater. 1867 ging sie nach Amerika, von wo sie 1878 zurückkehrte. Bald aber zog sie es wieder nach der neuen Welt, in der sie bei finanziellen Unternehmungen ihr Vermögen verlor. So verbrachte die einst gefeierte Tragödin ihren Lebensabend gelähmt und fast mittellos.

Schon diese Tatsache mußte unsern Parteiblättern zeigen, daß sie von falschen Voraussetzungen ausgegangen sind, wenn sie glauben den Schluß ziehen zu dürfen, wir seien bei den diesjährigen Wahlen von bürgerlichen Kreisen überwältigt worden. Tatsache ist, daß wir von einer bürgerlichen Liste zwei Kandidaten auf unsere Liste genommen haben; dagegen befanden sich auf der bürgerlichen Liste drei Kandidaten unserer Liste, die auch gewählt worden sind. Das Fazit der Wahl war demnach folgendes: zwei unserer auscheidenden Genossen wurden wieder, ein Genosse neu in das Kollegium hineingewählt.

Es steht also nunmehr fest, daß die gewählten Genossen ihre Wahl lediglich der bürgerlichen Unterstützung zu danken haben. Auf ihren Wahlerfolg brauchen die Mittelweider Genossen daher nicht stolz zu sein.

Gemeindevahlen. Bei der Stadtverordnetenwahl in Zumbach siegte die sozialdemokratische Liste mit großer Mehrheit (ca. 500 gegen 80 Stimmen). Gewählt wurden 12 Parteigenossen.

Aufgelöste Versammlung. Eine in Auerhammer bei Aue am vergangenen Sonntag im Saale zum Auerhammer stattgefundenen von etwa 700 Personen besuchte Metallarbeiter-Versammlung, in der Genosse Girth aus Aue über: „Unternehmer- und Arbeiterorganisationen“ sprach, wurde aufgelöst, weil der zufällig in Auerhammer anwesende Vertreter des Reichstagswahlkreises, Abg. Goldstein aus Zwickau, in der Debatte das Wort ergriffen hatte. Die Auflösung erfolgte, wie unser Zwickauer Parteiblatt berichtet, ohne jegliche Begründung durch den überwachen Gemeindevorstand von Auerhammer, dem vermuthlich die mitanwesenden drei Gendarmen die Notwendigkeit einer Auflösung konstatiert hatten. Hoffentlich wird gegen die Auflösung Beschwerde geführt.

k. Burgen, 30. November. Einen Beitrag zu dem jetzt viel besprochenen Kapitel vom *Apoteke Monopol* liefert auch unsere Stadt. Während bekanntlich im Deutschen Reich auf durchschnittlich 12 000 Einwohner eine Apotheke kommt, besteht für Burgen und einer großen Umgebung mit zusammen etwa 22 000 Einwohnern auch nur eine Apotheke. Anstatt nun die Errichtung einer neuen Apotheke vorzunehmen, ist nach gutachtlicher Aussprache der städtischen Kollegien der jetzigen Apotheke vom Ministerium die Erlaubnis erteilt worden, eine Filiale zu errichten. Damit ist keineswegs den berechtigten Wünschen des Publikums Rechnung getragen worden, denn durch die Maßnahme ist das Monopol nur verschärft worden. Es kommt doch darauf an, daß durch die Verteilung des Privilegiums an zwei verschiedene Besitzer eine gewisse Konkurrenz eingeführt wird, die auch auf die Preise wirkt.

Adorf i. B. In den Industrieorten in der Nähe der bayerischen bzw. böhmischen Grenze werden zahlreiche ausländische Fabrikarbeiter beschäftigt, die sich am Arbeitsort mit einer Schlafstelle begnügen, ihre Familie jenseits der Grenze zurücklassen und dort ihren Wohnsitz behalten. Die Stadtverordneten hatten die Besteuerung dieser Ausländer beschlossen, der Stadtrat aber verhielt sich ablehnend, und es wird nunmehr die Entscheidung der Königl. Kreis-Hauptmannschaft anhängig.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Die in Mylau wohnende Frau Ernestine Diehe betraf auf der Fahrt von dort nach Reichendach unterer Bahnhof ein schwerer Unfall. Sie hatte in demselben Augenblick unbewußt die Hand an die Coupétüröffnung gelegt, als der Schaffner pflichtgemäß das Coupé schließen

musste. Dabei erlitt sie an der Hand so schwere Verletzungen, daß der Daumen der rechten Hand, der völlig abgequetscht wurde, abgenommen werden muß. Auch die anderen Finger sind arg gequetscht worden. — Auf dem Bahnhof in Wiesenburg ist der Güterbodenarbeiter Dietrich beim Rangieren eines Güterwagens verletzt worden, so daß sich eine Amputation des rechten Fußes erforderlich machte. — Der seit Anfang Oktober auf dem Bahnhof Lunzenau stationierte Bahnarbeiter Schmiedel stürzte von einem Güterwagen, den er bremsen wollte, ab und blieb tot liegen. Der Verunglückte hat sich erst kürzlich verheiratet. — Auf tragliche Weise ist der in Lunzenau bei dem Mühlbesitzer Heinrich Ringel bedienstete Knecht Anton Schmidt ums Leben gekommen. Beim Transport von Brettern löste sich von dem ziemlich hoch beladenen Wagen ein Hinterrad, der Wagen fiel auf die Seite, die Bretter erfahnten dann den zur Seite gehenden Knecht, rissen ihn zu Boden und trafen ihn so unglücklich am Kopf, daß sofort der Tod eintrat.

Aus den Nachbargebieten.

Altenburg. Die Stadtverordnetenwahlen sind im Herzogtum Sachsen-Altenburg vollzogen und unsere Partei kann mit Stolz auf die Erfolge blicken, die erzielt worden sind. In der Stadt Altenburg selbst beteiligten wir uns erst seit vier Jahren an den Stadtverordnetenwahlen, weil vordem der Stadtrat in Altenburg das Recht besaß, das Bürgerrecht nach Gutdünken zu verleihen, und wer nur einigermaßen im Geruch stand, nicht einwandfrei konservativ zu sein, dem ist das Bürgerrecht verweigert worden. Erst mit einer Aenderung des Gesetzes ist diesem skandalösen Zustand ein Ende bereitet worden. Ueberall besteht für die Wahlen zu dem gemeindlichen Vertretungskörper das Dreiklassenwahlrecht. Bei der Einteilung der Klassen ist aber den Gemeinden ein weites Spielraum gelassen, so muß in der Stadt Altenburg jede Klasse den dritten Teil der Steuersumme aufbringen, in Eisenberg dagegen die dritte Klasse $\frac{1}{3}$, die zweite Klasse $\frac{1}{2}$, die erste Klasse $\frac{2}{3}$, der gesamten Steuersumme. Das letztere Einteilung die gerechtere ist, verleiht sich von selbst. In der streng konservativ regierten Stadt Altenburg müssen z. B. infolge dieser Klasseneinteilung alle Steuerzahler mit einem Einkommen bis zu 4000 Mk. in der dritten Wählerklasse wählen, somit mit nur wenigen Ausnahmen alle Beamte. Auf diese Weise vermeint man dem Einbringen der Sozialdemokraten in das Stadtverordnetenkollegium einen Mangel vorgehoben zu haben. Um so größer war dann die Enttäuschung, als vor zwei Jahren die ersten fünf Sozialdemokraten in das Stadtverordnetenkollegium gewählt worden sind. Bei den diesjährigen Wahlen ist mit beispielloser Heftigkeit gekämpft worden, und zwar mit dem Resultat, daß wir weitere vier Mandate eroberten. Und es ist kein Zweifel, daß wir nach Ablauf der nächsten zwei Jahre sämtliche 12 Sitze der dritten Abteilung besetzt haben. In Schmalkalden, Eisenberg und Ronneburg ist dieses Ziel bereits erreicht. In ersterer Stadt haben es die Gegner schon aufgegeben, eigene Kandidaten aufzustellen. In den Städten Lucha und Kahla sind wir diesmal noch mit 3 bzw. 30 Stimmen unterlegen, im nächsten Jahr werden wir auch dort siegen. Außerdem aber haben wir auch in einer ganz erheblichen Anzahl Gemeinden sozialdemokratische Vertreter sitzen. Wir haben somit alle Ursache, mit den bisher erzielten Resultaten bei den Stadtverordneten- und Gemeindevahlen zufrieden zu sein.

Erfurt. Vor der hiesigen Strafkammer wurde gegen 15 Angeklagte verhandelt. Es waren 8 Wasserberger und 7 Mühlbacher Einwohner, welche sich der Körperverletzung schuldig gemacht haben sollten und dafür zu Gefängnisstrafen von 2 bis 12 Monaten vom Schöffengericht Verurteilt worden waren. Es handelt sich um eine Schlägerei, die am 24. Januar gelegentlich einer Feier des Wasserberger Kriegervereins

stattgefunden hat. Zur Verhandlung waren 28 Zeugen erschienen. Das Urteil des Schöffengerichts in Wehrten wurde aufgehoben. Die Verurteilungskammer sah die Straftat wesentlich milder an, hielt beide Teile für gleich schuldig an der Schlägerei und reduzierte die früher von zwei Monaten bis auf ein Jahr laufenden Gefängnisstrafen auf vier Wochen bis zwei Monate Gefängnis.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 30. November.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt Deputationswahlen. Es macht sich nur die Zusammenlegung der Finanz- und Gesetzgebungsdeputation erforderlich. Auf Vorschlag des Abg. Schöber werden die früheren Mitglieder dieser Deputationen per Juri wiederergewählt. Die beiden Deputationen stehen sich alsbald zum Behuf der Konstituierung zur Verfügung. Danach wird verkündet, daß als Vorsitzender der Finanzdeputation Abg. Hähnel und zum Vorsitzenden der Gesetzgebungsdeputation Abg. Opth wiederergewählt worden sind; auch die übrigen Mitglieder in den Deputationen sind den Abgeordneten übertragen worden, die sie früher innehaben.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Vorberatung der Regierungsvorlage über die Neuordnung der Zivilliste und Apanagen.

Aus der Umgebung.

Papitz. Hier hat sich ein schwerer Unfall ereignet. Als mehrere Kinder sich beim Spiel belustigten, fiel plötzlich die Stütze einer Telegraphenstange um und traf eines der Kinder quer über die Brust, das dadurch schwer verletzt wurde. Es wird angenommen, daß die betreffende Stütze nicht genügend befestigt gewesen ist.

Sommerfeld. Mit Ende dieses Jahres scheiden aus dem hiesigen Gemeinderat je ein Vertreter der Gütsbesitzer, Hausbesitzer und Unanständigen aus. Für diese finden am nächsten Mittwoch von abends 8-9 Uhr im Hoffmannschen Gasthof die Ergänzungswahlen statt, wobei auch die nötigen Ergänzungsmänner mitzuwählen sind und zwar für die Gütsbesitzer zwei, für die übrigen Klassen je einer. Als Wahlschlichter fungieren bei der Wahl außer dem Herren Gemeindevorstand die Herren D. Hahn (Gütsbesitzer), W. Haupt (Hausbesitzer) und A. Zehle (Unanständiger). — Der Gemeinnützige Verein wird sich in einer am Sonntag abend im Goldenen Stern stattfindenden öffentlichen Versammlung über die Kandidatenfrage schlüssig machen. Mittlerer jeder Klassenbewußte Arbeiter in der kurzen Zeit bis zur Wahl dafür, daß kein unanständiger Wähler veräußert, am kommenden Mittwoch sein Wahlrecht auszuüben und seine Stimme nur einem Manne zu geben, der im Orte unabhängig und imstande ist, die Interessen der Unanständigen und Arbeiter mit aller Energie und Unerfrockenheit zu vertreten.

Biebertal. Die hiesige Einwohnerschaft wird aus Anlaß der kalteren Jahreszeit darauf aufmerksam gemacht, die Wasserleitungen vor Eingetieren der Rohre, insbesondere der im Freien befindlichen Rohre und Zapfhähne, möglichst gut zu schützen, sowie zur Nachtzeit den Hauptbahn abzustellen und die Hausleitung zu entleeren.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Freitag:

Speiseanstalt I (Johannisplatz): Wildreis mit Ruder und Zimt.
Speiseanstalt II (Rosentorgasse): Bratenhohl u. Kartoffeln mit Pfefferfleisch.
Speiseanstalt III (Wänzgasse 24): Rubel mit Rindfleisch.

Versammlungskalender.

Freitag: Dreißiger, Coburger Hof, Windmühlengasse. Abends 7,9 Uhr.
Sozialdemokratischer Verein L. Weh. Götches Garten. Abends 7,9 Uhr.
Schönfeld. Einwohner-Versammlung. Stadt Leipzig. Abends 9 Uhr.
Siedlerbund. Gasthof zum Löwen. Abends 9 Uhr.

Erwerbt das Bürgerrecht!

Billigste Offerte für elegante Herren- und Knaben-Bekleidung in bekannt grösster Auswahl zu billigst kalkulierten aber streng festen Preisen!

E. F. Henke, Leipzig, Tauchaer Str. 1
dicht am Krystallpalast.

Arbeiter-Bekleidung für alle Berufe.

Beinkleider
von 2 1/2 Mk. an.

Gehrock- und Gesellschafts-Anzüge 21 1/2
von Mk. 18.—, 42.—, 34.—, 28.— bis

Winter-Paletots in aparten Fassons und Stoffen (Ersatz für Maassarbeit) 11 3/4
von Mk. 48.—, 35.—, 28.—, 22 1/2, 19 1/2, 15 1/2 bis

Jackett-Anzüge hochmod. Muster 12 3/4
von Mk. 42.—, 37.—, 28.—, 21.—, 19 1/2 bis

Entzückende Fantasie-Westen
von Mk. 2 1/2 an.

Abteilung für besonders schlanke u. starke Figuren.

Streng reelle Bedienung.

Knaben-Anzüge
entzückende Neuheiten von 2 1/2 Mk. an.

Knaben-Paletots, Kieler Pijaks 3.80
schicke Neuheit, v. Mk. 18, 14 1/2, 8 1/2, 7, 5 1/2 bis

Winter-Joppen in grossartiger Auswahl, garantiert wasserdicht mit prima schwerem Lama- und Pfläschfutter, von Mk. 21.—, 19.—, 16.—, 12 1/2, 9 1/2 bis **4.60**

Winter-Joppen für Knaben und Schüler, aus prima Lodenstoffen (Rest-Coupons), Gelegenheitskauf von Mk. **2.90** an.

Knaben- und Schul-Anzüge
hochgeschlossene Fassons von **Mk. 2 1/2** an.

Bitte meine acht grossen Schaufenster zu beachten!

Dem Vorzeiger dieses Bons gewähre auf fertige Konfektion 10% Rabatt.

E. F. Henke.

10%

Bitte dies- schmalen.

Bitte meine acht grossen Schaufenster zu beachten!

Dem Vorzeiger dieses Bons gewähre auf fertige Konfektion 10% Rabatt.

E. F. Henke.

10%

Bitte dies- schmalen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19041201/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, den 1. Dezember.

Die Bourgeoisie und ihre Schulen.

Die höheren Schulen kosten der Stadt bekanntlich einen ordentlichen Betrag. Weit größer als für den Kopf des Volksschülers sind die Opfer, die für den höheren Schüler gebracht werden. Die Herren von Besitz und Bildung haben mit diesen Aufschüssen aus städtischen Mitteln noch nie gekaufert. Handelt es sich dabei doch in erster Linie um die Erzieher ihrer Kinder. Wiederholt sind die Besätze dieser Herren in den letzten 12 Jahren gehörig aufgebessert worden, das letztemal im Jahre 1898, wo einzelne Herren Zulagen von 1000 Mk. und mehr erhielten.

Die Lehrer an den höheren Schulen brauchten also schon bisher keinerlei Not zu leiden. Der jüngste akademisch gebildete Gymnasiallehrer wurde bisher mit 2800 Mk. angestellt, sein Gehalt stieg aber zwei, später aber drei Jahre um jebeinmal 400 Mk. bis auf das zweifelhafte sehr anständige Gehalt von 6400 Mk. nach 26 Dienstjahren. Dabei konnten sich die Herren natürlich recht wohl fühlen. Die Stadt Leipzig bezahlte die Gymnasiallehrer besser als der sächsische Staat seine Lehrer an den Staatsgymnasien. Seit Anfang 1904 beziehen nun die letzteren Wohnungszulagenzuschüsse, wodurch sie ungefähr das gleiche Einkommen erlangen wie die städtischen Gymnasiallehrer. Diesen Umstand nun und den übrigens in ganz Deutschland fühlbaren Mangel an Mathematikern und Philologen will der Rat der Stadt benutzen, aus eigenem Antriebe den gesamten akademisch gebildeten Lehrern der städtischen höheren Schulen eine neue Gehaltszulage zuzuwenden, so daß beispielsweise die städtischen Gymnasiallehrer in 30 Dienstjahren ein um 7500 Mk. höheres Gehalt beziehen würden als die staatlichen Gymnasiallehrer. Das Gehalt der Lehrer der städtischen Gymnasien und Realschulen soll künftig von 3000 Mk. auf 6800 Mk. nach 27 Dienstjahren steigen. Im Augenblicke würde dadurch für die Stadtkasse eine jährliche Mehrbelastung um 72000 Mk. erwachsen.

Im Schulausschuß der Stadtverordneten ist die betreffende Ratvorlage mit recht gemäßigten Gefühlen aufgenommen worden. Lebhaftere Erörterungen haben bei der Vorberatung im Ausschusse stattgefunden. Schließlich wurde die Ratvorlage dort mit 6 gegen 3 Stimmen glatt abgelehnt. Die Majorität wurde gebildet durch die Vertreter des Mittelstandes und der Sozialdemokraten. Nach diesem Resultat konnte man gespannt sein auf den gestrigen Verlauf der Verhandlung im Plenum der Stadtverordneten.

Geheimer Kanzleirat Jähne referierte über die Beratung im Ausschusse, um dann im unmittelbaren Anschluß an seinen Bericht persönlich mit Feuerwerk für die Ratvorlage ins Zeug zu gehen. Ihm folgte Herr Bankdirektor Dr. Rothe, der kurzerhand beantragte, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuverweisen und dem Ausschusse eine „Marschrouten“ mit auf den Weg zu geben in Gestalt eines Plenarbeschlusses, der im Prinzip Einverständnis mit der Neuregelung, d. h. Erhöhung der Gehälter für die Lehrer an den höheren Schulen ausdrücken sollte. Dann kamen die Herren Rechtsanwalt Dr. Limburger und Bankier Mayer, die natürlich der Ratvorlage volles Verständnis entgegenbrachten und auch dem Schulausschuß im Sinne des Bankdirektors Dr. Rothe Mores gefehlt wissen wollten. Den entgegengegesetzten, ablehnenden Standpunkt vertraten die Sozialdemokraten durch die Genossen Frenzel und Lange, während der Mittelstands-„Diplomat“ Herr Böhm den Umsall seiner Freunde im Schulausschusse vorbereitete.

Diese letztere Erklärung gab Genossen Pollender Veranlassung, über die von Dr. Rothe beantragte „Marschrouten für den Schulausschuß“ uamentliche Abstimmung zu verlangen. Dieser letztere Antrag brachte Leben unter die Stadtverordneten-Diplomaten. Es sollte verhindert werden, den Wählern zu zeigen, wie die mittelständischen Sparapostel ihre Theorien in die Praxis umsetzen und den höheren Lehrern eine von diesen gar nicht einmal nachgesuchte Gehaltserhöhung um jährlich 72000 Mk. bewilligen würden. So zog denn Bankdirektor Dr. Rothe seinen „Marschrouten“-Antrag unter einer scheinbaren Erklärung wieder zurück. Die Sozialdemokraten waren aber auch nicht faul. Sie durchkreuzten dies Manöver dadurch, daß Stadtv. Pollender den Rothscheinen Antrag wieder aufnahm! Ho Rhodus, ho salta! Die Spartheoretiker sollten zeigen, ob sie es ehrlich meinen. In dieser Patsche, die der bürgerlichen Mehrheit dadurch etwas verflücht wurde, daß nun der Vorsteher Dr. Jund den Antrag Rothsche in den Antrag Pollender umtaufte, wußten sich die Mittelstands-Diplomaten nur dadurch zu helfen, daß sie die Parole ausgaben: Alles für den („Marschrouten“-)Antrag! Der eigentliche Zweck der namentlichen Abstimmung wurde dadurch zwar vereitelt, dafür zeitigte aber das Manöver einen herrlichen Beweis mittelständischer Ueberzeugungstreue. So geschlossen die Sozialdemokraten gegen den „Marschrouten“-Antrag stimmten, so geschlossen stimmten auch die Bürgerlichen inklusive der erstarrtesten Gegner der Ratvorlage im Lager der Mittelständler für die dem Schulausschuß zu erteilende Marschrouten.

Die Ratvorlage wird also bei der Neuberatung im Ausschusse eine weitere Situation vorfinden. Dabei wird sich zeigen, ob die Vertreter des Mittelstandes auf Befehl ihrer „Diplomaten“ wirklich zu einer „besseren Ueberzeugung gelangt“ sind.

Achtung, Metalldreher, Metalldrücker, Gürtler! Es werden gegenwärtig wieder Leute der genannten Branchen nach Berlin gesucht. Deshalb sei wiederholt darauf hingewiesen, daß die Metallarbeiter seit Monaten daselbst im Streik stehen. Um Vermeidung von Zugung wird gebeten.

Ueber die Bahnhofsbauten in Leipzig hat im Gewerbeverein zu Dresden der oberste Vertreter der Bahnhofsanlagen, Baurat Toller, ein recht anschauliches Bild entwickelt. Einem Bericht in der Dresdener Zeitung ist darüber folgendes zu entnehmen: Der neue Hauptbahnhof soll alle Züge in einer gewaltigen Kopfstation bereinigen. Auf 26 Geleisen werden alle thüringische, preussischen und sächsischen Linien einmünden, so daß selbst der Durchgangsverkehr nach Hof und rasiert mittels Ein- und Ausfahrt möglich wird. Je 13 Geleise der sächsischen und der preussischen Hälfte werden getrennt gehalten, dennoch wird das rollende Material nach allen Geleisen geleitet werden können. Die Gleisensassade

wird 300 Meter Breite haben. Die Tiefe entlang den Bahnsteigen soll 320 Meter betragen; sieben mächtige Hallen (5 mit 45, 2 mit 42 Meter Spannweite) werden sich darüber wölben. Die Bahnsteigebene wird 4 Meter über Straßenhöhe erhoben. Dieser Personenbahnhof wird ein Areal von 96000 Quadratmetern einnehmen, doppelt so viel als der Leipziger Augustusplatz. In diesem Hauptgebäude werden Betriebsräume, Post- und Polizeibureau, Wäder und unterirdische Gepäcksabfertigung untergebracht. Eine wichtige Neuerung wird auch ein besonderer Postbahnhof werden, wo alle Transit- und Lokal-Paketabfertigung erfolgt. Auf 32 Geleisen, die mit je 56 Metern Ladelänge vor diesem Postbahnhofe münden, können gleichzeitig 132 Bahnpostwagen voll gepackt und abgefertigt werden. (Im Dresdner Hauptbahnhof nur 30 Wagen zugleich!) Außerdem wird ein Postamt für den Bedarf der Leipziger Versender im Hauptbahnhof selbst angelegt. Von gleicher Größartigkeit wie die Personenverkehrsanlagen ist der ganze technische Apparat der Abstell-, Rangier- und Werkstättenbahnhöfe, die sich für die preussischen Linien im Westen und Norden, für die sächsischen im Osten und Süden abheben und bis in die Vororte reichen. Ebenso werden alle Güterladepfade veränderter Lage unterzogen. Weitverzweigte Verbindungsbahnen führen zu allen Vorortstationen rund um die Zentrale. Die Beamtenpersonale der sächsischen und preussischen Betriebsstätten malten möglichst getrennt ihres Amtes. Die zwei Stationsvorsteher im Personen-Hauptbahnhof sind einem Oberbeamten der sächsischen Staatsbahn unterstellt. Große Schwierigkeiten wird das allmähliche Einziehen und Verlegen der Linien, die jetzt im Magdeburger, Berliner, Thüringer und Dresdner Bahnhof münden, verursachen. Nur der Eilenburger Bahnhof soll noch auf Jahre hinaus als preussischer Güterbahnhof dienen, der Bayerische Bahnhof als sächsischer Vorortbahnhof. Seit 1901 arbeitet man zunächst an dem preussischen Vorortbahnhof Wahren, seit 1902 an dem Rangierbahnhof Engelsdorf, der 1907 fertig werden soll. Von 1908 an wird am Empfangsgebäude der Kopfstation gebaut werden. Die gesamte Anlage soll bis 1914 im Betriebe sein. Die Kosten beziffern sich auf 130 Millionen Mark. 17 Millionen trägt die Stadt Leipzig, mehrere Millionen auch die Reichspost.

Der zehnjährige Krieg um die allgemeine Ortskrankenkasse in Nürnberg ist nun in ein entscheidendes Stadium getreten. Nachdem der Magistrat diese alle Forderung der Nürnberger Arbeiterschaft immer wieder unter den wichtigsten Vorwänden abgelehnt hat, nur aus dem Grunde, weil man den Arbeitern keine Rechte über ihre Krankenversicherung einräumen will, wurden unter den Mitgliedern der Gemeindefrankenkasse Unterschriften gesammelt von denjenigen, die sich für die Ortskasse erklären. Es gelang, 30 000 Unterschriften aufzubringen. Diese 30 000 Unterschriften gingen am Mittwoch an die mittelfränkische Kreisregierung ab mit der Bitte, den Magistrat zu verpflichten, daß er bis 1. April 1905 eine allgemeine Ortskrankenkasse zu errichten habe.

Straßenwesen. Nachdem die König-Johann-Straße zwischen der Fregestraße und der Sedanstraße vollständig bebaut ist, macht sich eine Ummumerierung der daselbst gelegenen Grundstücke notwendig, die am 1. Januar 1905 erfolgen soll. Die Schnorrstraße ist von der östlichen Flucht der Seumeistraße bis mit der Kreuzung der Brodhausstraße in U-Schleife in das Eigentum und mit Ausnahme der Fußwege auch in die Unterhaltung der Stadtgemeinde übernommen worden. Dasselbe ist der Fall mit der Köhninger Straße von der Volkestraße bis mit der Kreuzung der Kronprinzstraße in Leipzig, ebenfalls mit Ausnahme der Fußwege.

Selbstmord- und Unfallsstatistik für den Monat November. Im Monat November 1904 sind im hiesigen Stadtgebiet 16 Selbstmorde, 5 Selbstmordversuche und 5 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgange zu verzeichnen gewesen. Von denjenigen, die freiwillig aus dem Leben schieden — 13 männliche und 3 weibliche Personen — haben sich 11 erhängt, 2 erschossen, eine ertrank, eine vergiftet, eine von einem Eisenbahnzuge überfahren lassen. Eine Person versuchte sich zu erhängen, eine zu ertränken, eine zu vergiften, eine durch Herabstürzen und eine durch Ausschneiden der Pulsadern zu töten. Ein dreijähriges Mädchen kam auf Treppentritten zu Fall, wobei es Verletzungen erlitt, die den Tod herbeiführten, ein 30 Jahre alter Arbeiter büßte sein Leben dadurch ein, daß er in einem Fahrstuhl beim Herablassen von Risten von einer solchen schwer getroffen wurde, ein 50 Jahre alter Vorarbeiter stürzte auf einem Neubau ein Stock hoch ab, eine 62 Jahre alte Baumeistersekretärin wurde von einem Geschieb, ein 21 Jahre alter Arbeiter von einem Eisenbahnzuge überfahren, wodurch die drei Bezeichneten den Tod erlitten. Im Monat Oktober 1904 waren 13 Selbstmorde, 8 Selbstmordversuche und 8 Unglücksfälle mit tödlichem Verlaufe zu registrieren.

Für die kommenden Kaufmannsgerichtswahlen hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands seine Vorschlagsliste entsprechend den Bestimmungen des Ortsstatuts beim Räte der Stadt eingereicht. Der Zentralverband bringt Männer in Vorschlag, die die Gewähr bieten, daß sie als Verrichter in gerechter Weise an die Lösung von Streitfragen gehen werden. Da das Kaufmannsgericht nicht nur Recht sprechen soll, sondern auch über Fragen, die das kaufmännische Lehr- und Arbeitsverhältnis betreffen, Gutachten abgeben und Urtheile stellen kann, so hat der Zentralverband besonderen Wert darauf gelegt, daß seine Kandidaten nicht nur Herz und Verstand für die wirtschaftlichen Interessen der Handlungsgehilfen besitzen, sondern auch im Hinblick auf ihre Stellung in der Lage sind, den Gehilfenstandpunkt rücksichtslos zu vertreten. Unternehmereinflüsse gibt es bei den Kandidaten des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands nicht.

Jeder Handlungsgehilfe hat an der Erringung günstigerer Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe Interesse. Jeder Wahlberechtigte beschaffe sich einen Wahlberechtigungsausweis — morgen ist der letzte Tag, an dem die Formulare im Gewerbeamt, in den Rath- und Polizeiwachen ausgegeben werden — und stimme am Wahltag für die Liste des gewerkschaftlichen Zentralverbandes!

Seinen schweren Verletzungen erlegen ist der vorgestern früh auf der Strecke Bögwitz-Lausen von einem Zuge überfahrene Bahnarbeiter Ernst Paul Rothe aus Zeitz.

Eine unbekante Betrügerin ist wiederholt in Produktengeschäften der Ostvorstadt aufgetreten. Sie ließ sich dort Waren geben und entfernte sich, ehe sie bezahlte, um, wie sie sagte, schnell noch einmal in ein andres Geschäft zu gehen, von wo sie etwas Vergebenes holen wollte. Die Unbekannte kam aber nicht wieder. Sie wird beschrieben: 25 bis 30 Jahre alt, untermittelgroß, bekleidet mit dunklem Jackett und hellem Rockstucke.

Diebe entwandeten: Von einem Rollwagen einen A B 118 gezeichneten Ballen mit Russkallien und aus einer Hausflur in der Bischofstraße zu L. Blagwitz einen C S 8228 gezeichneten Ballen mit verschiedenfarbiger Stridwolle im Werte von 130 Mk., aus einer Bodenkammer in der Elisabeth-Allee drei weiße Eisenbein-Villardbälle, einen kleinen Elektromotor, einen kleinen Funkenapparat und einen photographischen Apparat, aus einem Grundstücke der Weissenfelder Straße ein Fahrrad Marke Zitta und aus einem Restaurant der inneren Stadt einen flachen goldenen Herrenring mit einem Brillanten im Werte von 120 Mk.

Ein Taschendieb hat sich in letzter Zeit wiederholt in hiesigen Etablissements bemerkbar gemacht. Am Sonnabend wurden wieder aus einem Vergnügungsblokale der Nordvorstadt zwei silberne Herrenuhren mit Ketten im Werte von über 200 Mk. gestohlen.

Ein Balkenbrand war gestern abend in der achten Stunde in den Räumen eines Cafes im Brühl entstanden. Der Brand ist von der Feuerwehr beseitigt worden.

Von der Straße. In der Bayerischen Straße kam heute früh ein 56 Jahre alter Steinschleifer aus Reuthsch beim Absteigen von der Straßenbahn zu Falle, obwohl der Wagen hielt, und verrenkte sich dabei den Oberarm. Der Verletzte wurde zur Sanitätswache gebracht.

Von heftigen Krämpfen wurde gestern abend in der Parkstraße ein Handelsmann befallen. Man brachte den Erkrankten nach der Sanitätswache, wo er sich nach einiger Zeit wieder erholtte.

In der Neuhäuser Gassestraße wurde am 28. November früh in der fünften Stunde ein Goldarbeiter beim Verlassen eines Lokals von einem Unbekannten mit einem harten Gegenstande auf den Kopf geschlagen, was eine erhebliche Verletzung zur Folge hatte. Der Täter entkam durch die Flucht.

Im Hofe eines Grundstücks der Querstraße war gestern abend eine in geeigneten Umständen befindliche Frau aus Schönefeld mit einem Wein in die Aeschgrube getreten. Die Bedauernswerte hat dadurch derartigen Schaden genommen, daß sie infolge eines eingetretenen größeren Blutverlustes in der Neuhäuser Lauchaer Straße zusammenbrach. Die Frau wurde mittels Droschke nach Hause gebracht.

kleine Polizeinachrichten. Ein 46 Jahre alter Agent stellte sich unter der Selbstbeschuldigung, zum Nachtheile verschiedener Gesellschaften Gelder unterschlagen zu haben, hier der Polizei.

Von einem Wagen an der Parkstraße hat ein 24 Jahre alter Dachbeder aus Orlitzsch einen Reiz gestohlen. Als er diesen verküßern wollte, wurde der Dieb festgenommen.

Ein 19jähriger Schneider aus Schmödn verübte in einer Restauration der Johanniskasse einen Betrug, weshalb er festgenommen wurde.

Ferner wurde eine 17jährige Arbeiterin aus Leßeln, die sich in einem Hotel eingemietet hatte und ohne zu bezahlen verschwunden war, in Haft genommen.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetenjahre.

Sitzung vom 30. November 1904.

Das Kollegium bewilligte ohne Debatte weitere 7175 Mark für den Einbau von Schneeschächten in die zweite östliche, die zweite nördliche und die Lindenauer Vorflutflusse mit der Bedingung, daß die erforderlichen Mittel aus den bei dem Bau der Schleuse erzielten Minderausgaben gedeckt werden, desgleichen noch 10 928,20 Mark zu dem Konto Fuhr- und Arbeitslöhne, Unterhaltung der Gerätschaften. Das Konto selbst beträgt 124 577,42 Mark und umfaßt die Ausgaben für den Wasserverbrauch bei der Sprengung der Straßen und Kläse. Die oben erwähnte Mehrausgabe hat ihre Ursache in dem Wasserverbrauch an Wasser infolge der anhaltenden Dürre in diesem Sommer.

Weiter werden nachverwilligt 1220 Mark für Anpflanzung von Bäumen in der Dessauer Straße von der Hofmann- bis zur Kochstraße, 1235 Mark für Anpflanzung von Bäumen in der Hofstraße und zwar auf dem südlichen Fußwege von der Zutrittsstraße bis zum Zufuhrfeld der Gasanstalt.

Ferner erteilt das Kollegium seine Zustimmung zur Beschaffung von 24 neuen Feuermessern für die Feuermessanlage der inneren Stadt mit 6720 Mark Aufwand, da eine Anzahl derselben mangelhaft geworden sind. Bei der Beschaffung dieser Feuermesser wird ein neues System zur Anwendung kommen. Auch wird der Anschluß der dritten Bezirksfeuerwache in der Schöndorferstraße an die unterirdische Kabelleitung für den Feuerselegraphen mit 5017,52 Mark beschloffen, der aus der erzielten Minderausgabe beim Bau der Ostlinie entnommen werden soll.

Die Vorlage über die Neuregelung einiger Bestimmungen über die Lehrergehälter an höheren Schulen und an der Schule für Frauenberufe hat der Schulausschuß in zwei Sitzungen beraten und schließlich abgelehnt. In dieser Vorlage war die Nachverwilligung von 54 460 Mark für Lehrergehälter an diesen Schulen auf die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1905 gefordert worden.

Stadtv. Jähne hat über diesen Beschluß des Schulausschusses Bericht zu erstatten. Er spricht von dem bisherigen Verfahren Leipzigs, die Gehaltsstaffel dieser Lehrer höher zu bemessen, als es der Staat an seinen Anstalten getan. Durch das Gesetz vom 15. Juli 1902, das für alle Staatsdiener schon im laufenden Jahre einen Wohnungsgeldzuschuß gebracht habe, sei aber der Unterschied geschwunden. Ja, die staatlichen Lehrer ständen sich jetzt besser als die städtischen Lehrer. Das habe der Rat veranlaßt, eine „mäßige“ Gehaltserhöhung zu versuchen. So hätte er für die Gymnasiallehrer das Anfangsgehalt auf 3000 Mark und das Endgehalt auf 6800 Mark erhöhen wollen. Die Erhöhung hätte im Durchschnitt bei jedem Lehrer etwa 100 Mark betragen. Im Ausschusse sei man aber der Meinung gewesen, daß die Lehrer an den höheren Schulen sehr gut im Gehalt stehen. Die Konsequenz würde sein, daß andre städtische Beamte mit gleichem Bildungsgrade ebenfalls Gehaltserhöhungen fordern würden. Dazu würden einige Hunderttausend Mark erforderlich sein, eine Summe, die eine weitere Belastung des Steuergettelts zur Folge haben müßte. Die von der Minorität im Ausschusse ausgesprochene Beschränkung, es könnten bei Ab-

Lehrung der Gehaltssteigerung gute Lehrkräfte Leipzig verlassen, habe man als unzureichend hingestellt. Selbst aber wenn diese Auffassung richtig sei, habe man noch lange keine Ursache zu lamentationen, denn an der hiesigen Universität seien genug Fachkräfte speziell für Mathematik und neuere Sprachen vorhanden. Er habe als Berichterstatter pflichtgemäß dem Kollegium die Ablehnung der Ratvorlage zu empfehlen.

Bei Eröffnung der Debatte über diesen Gegenstand meldet sich Herr F a h n e aber sofort wieder zum Wort, um diesmal nicht als Referent, sondern als „einfaches“ Mitglied des Kollegiums, wie er sich geschmackvoll ausdrückt, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, was Debatte hervorruft. Er entpuppt sich schließlich als ein energiegeladener Befürworter der Gehaltssteigerung für diese Lehrkategorie. Unter starker Anruhe des Hauses spricht er nach einer Weile weiter.

Stadtr. N o t h e kämpft gegen den Schulausschussantrag an. In diesem Falle Sparmaßregeln als Gründe für die Ablehnung anzugeben, sei falsch, ebenso falsch das Argument, die Gehälter seien ausreichend. Mit dem niedrigeren Einkommen anderer Beamten dürften die Gehälter dieser Beamten nicht verglichen werden. Er stellt schließlich den Antrag, das Kollegium wolle sich prinzipiell mit einer Erhöhung der Gehälter der Lehrer an den städtischen Schulen und der Frauenberufsschule einverstanden erklären und die Vorlage an den Schulausschuss zurückzuweisen sowie den Finanz- und Verfassungsausschuss hinzuziehen.

Stadtr. Dr. L i m b u r g e r will durch das Resultat der zweiten Ausschussung überrascht worden sein. Damit das Niveau an den höheren Schulen nicht sinke, will er ebenfalls erneute Beratung der Angelegenheit.

Stadtr. B ö h m e: Erhe man nicht einen eingehenden Bericht des Schulausschusses, könne man sich auch nicht für eine prinzipielle Stellungnahme erklären. Redner ist gleichfalls für Rückverweisung der Sache an den Schulausschuss. Sodann erwähnt er das Warenhaus in der Kramerstraße. Es sei traurig, wenn man vor den Ferien beobachten müsse, wie von auswärtigen Lieferanten gekaufte Waren von den hiesigen Lehrern in diesem Warenhaus gekauft würden. Unter diesen Umständen sei es kein Wunder, wenn man in Kreisen der Handels- und Gewerbetreibenden zu der Ueberzeugung gekommen sei, den Leuten gegenüber Zurückhaltung zu beobachten. Solche Geschäftshäuser zu frequentieren und sich außerdem in der Politik in ausgiebigster Weise zu betätigen, wie das in letzter Zeit von Lehrern an der Frauenberufsschule geübt worden sei, das sei nicht geeignet, für diese Kreise sich besonders zu erwärmen, immerhin dürfe dies aber bei diesen Angelegenheiten nicht maßgebend sein. Er ist für Gleichstellung der Realschullehrer mit den Gymnasiallehrern. Die Schule für Frauenberufe ist ihm eines der segensreichsten Institute. Gerade an dieser Schule müßten die Gehaltsverhältnisse der Lehrer einmal geregelt werden, damit das Betätigungswesen und Besuchemachen aus der Welt geschafft werde. Der Redner erklärt sich schließlich dagegen, daß an dieser Schule, die auch 18-20jährige Mädchen besuchten, unberathete Lehrer wirkten.

Stadtr. F r e n z e l wendet sich gegen den Referenten, der durchbilden habe lassen, als ob im Ausschuss die Sache nicht eingehend durchberaten worden sei. Gerade F a h n e habe sich schlaflos angestrengt, die Vorlage durchzubringen, wie überhaupt nichts unberücksichtigt gelassen worden sei, den Schulausschuss für die Ratvorlage einzunehmen. Im nächsten Lehrkräfte werde auch in Zukunft kein Mangel in Leipzig sein. Der bisher vorhandene Gehaltsmangel an Mathematikern und Neuphilologen werde auch bei Annahme der Vorlage nicht ohne weiteres beseitigt werden. Er sei gewiß dafür, höheren Leistungen höhere Äquivalenzen zu gewähren, die Gehälter für die Lehrer an unsern höheren Schulen seien indes ausreichend. Bei jeder Gelegenheit mache man ab, warum sei man denn gerade hier so bereitwillig? Das verstehe er nicht. Die Realschullehrer betrachte man als minderwertig. Die Konsequenz der Annahme der Ratvorlage würde die sein, daß auch andere städtische höhere Beamte Zulagen forderten, das gebe eine Schraube ohne Ende. Ohne irgendwelche zwingende Gründe, als welche er den Hinweis auf verschiedene andere Städte sowie den Staat nicht gelten lassen könne, sei eine Gehaltssteigerung nicht gerechtfertigt. Bei Uebereinstimmung würden den ziemlich hohen Ausgaben noch höhere folgen. Man solle sich doch hier der Magelieber bei der Staatsberatung erinnern. Er sei für Annahme des Antrages des Schulausschusses.

Stadtr. Dr. W a g n e r ist infolge der fast überall vorgenommenen Abstriche bei den einzelnen Positionen nicht in der Lage, dem Kollegium in diesem Jahre seinen Dank abzustatten. Fast jede Woche erlebe er es, daß der Ausschuss Ablehnung einzelner Vorlagen empfehle. Redner verweist besonders auf Dresden, wo eine durchgreifende Reorganisation in Bezug auf die Vervielfachung dieser Lehrkategorie im Werke sei. Eine Ablehnung der Vorlage würde zweifellos den Abzug tüchtiger Lehrkräfte aus Leipzig zur Folge haben. Er tritt für Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuss ein.

Stadtr. N o t h e ist zwar ebenfalls für Rückverweisung der Vorlage an den Schulausschuss, macht jedoch auch auf die Konsequenzen aufmerksam, die die Annahme der Vorlage für die Fortbildungsschullehrer nach sich ziehen würde, indem sie mit Forderungen kommen und dabei auf die Lehrer an der Frauenberufsschule hinweisen würden. Die Fortbildungsschullehrer müßten also in die Vorberatung mit hineingezogen werden. Im übrigen polemisiert er gegen F a h n e wegen dessen Ausführungen in Bezug auf das Politikreiben der unberatheten Lehrer an der Schule für Frauenberufe.

Stadtr. L a n g e: Wir sind bisher für die Schule in jeder Art und Weise eingetreten. Nachdem wir aber die Wahrnehmung gemacht, daß die Volksschule als Stiefkind behandelt wird, sind wir nicht in der Lage, für Dinge einzutreten, wie sie in dieser Vorlage gefordert werden. Ein Volksschullehrer, der außerhalb Leipzigs wohne, müsse nicht nur 50 Mk. Schulgeld jährlich für sein Kind zahlen, sondern erhalte auch 200 Mk. Wohnungsgeld weniger, wie ein Lehrer in der Stadt. Alle diese Dinge haben und bewegen, den oberen Jehntausend die Verantwortung für die sich aus ihrem Handeln notwendig ergebenden Konsequenzen zu überlassen. Die Frauenberufsschule sei eine Standeschule im wahrsten Sinne des Wortes. Die höheren Schulen zu begünstigen, für die übrigen aber nichts zu tun, dafür sei er nicht zu haben. Wöhme erwidere er bezüglich seiner Klagen über das Besuchemachen von Lehrern an der Frauenberufsschule, daß, wenn erst Einladungen ergehen lasse, sich dann über Besuche nicht beschweren dürfe. Man solle nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst in einem Glasauge sitze. Redner hält die Vorlage für verfehlt und erklärt sich für den Ausschussantrag.

Stadtr. B ö h m e entgegnet dem Vordredner, er müsse gegen dessen Vorwurf Einspruch erheben, daß die Volksschule von der Majorität als Stiefkind behandelt werde; in den letzten Jahren sei sehr viel für die Volksschule getan worden. Weiter erklärt er, nicht zu wissen, was Lange mit dem „Glasauge“ gemeint habe. Auch wendet er sich gegen Frenzel, weil dieser in seinen ablehnenden Ausführungen mit auf den Umstand Bezug genommen, daß aus den Kreisen der höheren Lehrer keine Anregungen für Gehaltssteigerungen gekommen seien. Das soll nach ihm gerade ein Vorzug für diese Herren sein.

Stadtr. P o l e n d e r beantragt über den Teil des Notwendigen Antrages, der sich prinzipiell für eine Regelung der Gehälter für die höheren Lehrer ausspricht, n a m e n t l i c h e Abstimmung.

Stadtr. N o t h e zieht jetzt seinen diesbezüglichen Antrag zurück und ebenso den auf Hinzuziehung des Finanz- und Verfassungsausschusses zurück.

Stadtr. K a l l e n b e r nimmt den ersten Antrag wieder auf.

Er hält auch seinen Antrag auf namentliche Abstimmung aufrecht. — Die weitere Debatte war unerheblich.

Es wird zunächst der Antrag Nothe, die Vorlage des Rats an den Schulausschuss zurückzuweisen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, ebenso gegen die Stimmen der Sozialdemokraten in namentlicher Abstimmung der von Pollender wieder angenommene Antrag Nothes auf Regelung der Gehälter der Lehrer an den höheren städtischen Schulen. Damit ist dieser Punkt erledigt.

Es wird in der Beratung des Haushaltsplans fortgefahren. Zur Debatte steht

Konto 11, Feuerlöschwesen. Die betreffenden Ausschüsse haben beantragt, die Position 5 der Ausgaben für Besoldungen anstatt mit 308 183.34 Mk. mit nur 387 883.34 Mk. zu genehmigen, desgleichen die außerordentlichen Ausgaben bei Position 20 in Höhe von 18 230 Mk. für Unterhaltung der Maschinen und Gerätschaften. Die Ausschüsse haben hier 9000 Mark gestrichen, die zur Beschaffung eines schupferartigen Benzinmotor-Automobils gefordert worden waren.

Stadtr. L e h m a n n kommt hierbei zurück auf die in der Sitzung vom 12. Oktober erfolgte Ablehnung der beantragten Gehaltssteigerung für die Berufsfeuerwehrleute von 1800 auf 1900 Mk. und betont, daß gerade ihnen gegenüber eine solche Behandlung nicht am Platze gewesen sei. Was sie in ihrer Berufstätigkeit zu leiden hätten, und welche Folgen diese in gesundheitlicher Beziehung für sie haben, ginge zur Genüge aus ihrer damaligen Aufschrift an den Rat hervor. Da sei hervorzuheben, daß die 48stündige ununterbrochen währende Dienstzeit die Ursache ihres hohen Krankenstandes und ihres vorzeitigen körperlichen Siechtums sei. Ihre fürperliche Ruhe, noch dazu auf harter Lagerstätte und häufig in durchschwitzen Kleidern sei nur eine sehr geringe, da der viele Nachdienst in den Telegraphen-Jammern, Theatern usw., die Alarmierungen zu Wäuden und andern Mißleistungen eine stete Vereithaltung notwendig mache. Bei zunehmendem Alter, wo bei andern Beamtegruppen Vorteile beginnen, seien sie abgewirtschaftet und zu allen Feuerwehrdiensten nicht mehr zu gebrauchen. Viele von ihnen könnten nicht einmal mehr eine Hafenleiter regieren. Angesichts dieses Zustandes, fuhr der Redner fort, müsse man sich doch ernstlich fragen, ob nicht eine Verbesserung ihrer Lage zu erfolgen habe. Eine Reorganisation ihrer Dienstverhältnisse sei auch notwendig in Rücksicht auf die Tatsache, daß sich zurzeit 50 Mann in einem hohen Dienstalter befinden und viele unter ihnen seien, die dienstuntauglich seien. Der 48stündige Dienst sei unbedingte zu lang. Im Verwaltungsbericht von 1903 befinden sich im Kapitel Feuerlöschwesen recht bemerkenswerte Auslassungen des Korporates Hennig, Auslassungen, die der Rat zu beherzigen alle Veranlassung habe. Es heiße da, daß die Ernährungsstörungen, d. h. die Krankheiten des Verdauungsapparats, sicher wohl zum größten Teile zurückzuführen sind auf die ungleichmäßige und unregelmäßige, oft auch heftige Ernährungs- und Lebensweise, die hauptsächlich mit bedingt ist durch die Eigenart des zweitägigen Dienstes und sich deshalb nicht mindern lasse. Gewiß lasse sich der bedauerliche Uebelstand mindern. Man führe nur an Stelle der 48stündigen die 24stündige Dienstzeit ein. Die dadurch notwendigen Mehrausgaben würden wieder durch höhere Mehreinnahmen ausgeglichen; die Landesbrandkasse zahle ja übrigens schon jetzt jährlich 50 000 Mk. Auch bezüglich des Urlaubsdienstes müsse eine Änderung eintreten. Es sollen Zeiten vorkommen, wo die gesamte Mannschaft zum Urlaubsdienst nicht ausreicht und die Dienstzeit infolgedessen noch mehr verlängert werden müsse. Es sei dahin gekommen, daß die Löschmannschaften sich gegenseitig ihren freien Tag abkaufen. Diese Dinge liegen wieder im Interesse des Feuerlöschwesens noch im Interesse der Mannschaften. Der Urlaubsdienst könnte durch Vermehrung der Mannschaften in Beugfall kommen. Die im Dienst untauglich gewordenen Mannschaften habe der Rat die Pflicht, in andern städtischen Diensten unterzubringen. Man solle mit einer Reorganisation nicht erst warten, bis ein größeres Brandunglück geschehen sei.

Stadtr. Dr. S c h a n z erwidert: Die vom Stadtr. Lehmann vorgebrachten Beschwerden seien nicht neu. Der Rat habe sich schon früher mit der Angelegenheit befaßt und es sei zum Teil Abhilfe geschafft worden. Er meinte, er hätte sich gefreut, wenn die Leute sich an ihn gewandt hätten. Die älteren Mannschaften würden nicht mehr zu schwerem Dienst herangezogen. Sie würden nach Möglichkeit in andern Berufen untergebracht, so als Friedhofswächter. Bezüglich der 48stündigen Dienstzeit sei es schwer, Verbesserungen zu treffen, er werde sich aber nicht weigern, die Sache in Erwägung zu ziehen. Bei dem von Lehmann gerichteten Urlaubsdienst stellt der Herr Stadtrat die Behauptung auf, daß U. von seinen „Vertrauensmännern“ nicht ganz richtig bedient worden sei. Erwägungen zu dem Urlaubsdienst werde niemand. Jeder bekomme dafür pro Stunde 50 Pfg. und viele hätten ihm gesagt, sie nehmen die 50 Pfg. gerne mit. Die Sache sei gar nicht so schlimm, wie es Lehmann dargestellt habe. Er wolle aber die Angelegenheit ebenfalls prüfen.

Stadtr. Lehmann bemerkte dem Herrn Stadtrat gegenüber sehr treffend, seine „Vertrauensmänner“ seien in der von den Leuten an den Rat gerichteten Aufschrift zu suchen. Auf diese „Vertrauensmänner“ habe er sich doch wohl verlassen können.

Stadtr. Dr. S c h a n z suchte sich dadurch aus der Verlegenheit zu ziehen, daß er behauptete, ein einzelner Fall sei als Regel hinzugefügt worden.

Darauf wird die Debatte geschlossen und das Konto bewilligt. Endlich werden noch die Sonderhaushaltpläne betreffend die Bedersche, die Dienersche und die Mendelschen Stiftungen für Blinde ohne Diskussion erledigt.

Hiermit ist die öffentliche Tagesordnung erschöpft und es folgt die übliche geheime Sitzung.

Zu den Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M.

wird uns noch von dort geschrieben: Mit dem Sieg von vorgestern ist auch das zweite Vornheimer Mandat der Sozialdemokratie zugefallen: Genosse Hüttmann, der Gauleiter des Maurerverbands, zieht ins Sonnemannsche Parlament ein. Die übrigen elf Mandate gingen verloren, zum Teil mit ganz geringen Minoritäten. Dazu kommt ein anderer Erfolg, der in seiner Art noch höher anzuschlagen ist: es ist der Sozialdemokratie gelungen, zwei der gefährlichsten Arbeiterfeinde und Scharfmacher in der Stadtverordnetenversammlung zu Fall zu bringen. Dr. Geiger, einer der brutalsten Verächter der Arbeiter und kleinen Leute, der rücksichtsloseste Verfechter der Magistratspolitik, ist nicht wiedergewählt worden und mit ihm ist der bekannte Scharfmacher im Bauunternehmerverband, Lüscher, unterlegen. Der Jubel der Arbeiter, städtischen Beamten und Kleinbürger über die Niederlage in der ganzen Stadt ist grenzenlos. Als abends bekannt wurde: Dr. Geiger und Lüscher sind durchgefallen, da durchbrauste ein dieftausendstimmiges Hurra und Bravo die Straßen. Man muß wissen, Geiger war der einflussreichste und gewaltigste Wortführer der freisinn-demokratischen Partei, die rechte Hand des Magistrats, wenn es galt, irgend ein Willkürprojekt durchzudrücken oder Arbeiterwünsche und Beschwerden niederzureden. Seit 24 Jahren beherrschte dieser Mann die Stadtverordnetenversammlung. Seine Macht und Einbildung war ohne Grenzen. Und nun ist dieser Mann über Nacht ins Gefährt worden, gefährt von denen, die er am

meisten haßte und verachtete, von den Arbeitern und Kleinbürgern. Bei den Stadtverordnetenwahlen 1892 hatte Sonnemann versucht, Geiger zu stürzen, weil dieser mehrfach die Pläne dieses demokratischen Projektmachers und Ränkeknies durchkreuzt und namentlich dagegen opponiert hatte, daß Sonnemann als Oberbürgermeisterkandidat dem Kaiser mit präsentiert wurde. Das sollte für den ehemaligen Börsejobber und späteren Händler mit öffentlicher Meinung eine ganz besondere Ehrung sein, und die Sonnemannokratie konnte es Geiger lange nicht verzeihen, daß er dagegen opponierte. Deshalb wurde 1892 von den Sonnemannern gegen seine Kandidatur Sturm gelaufen, aber ohne Erfolg. Inzwischen ist die Sonnemannokratie altersschwach und gebrechlich geworden, und sie hatte deshalb mit dem gefährlichen Rabulisten Frieden geschlossen. Mit demselben Eifer, mit dem er damals von der demokratischen Presse bekämpft wurde, wurde er jetzt als der braveste Mann verteidigt, und am Stichwahltag war im Judenviertel ganz Israel auf den Beinen, um Geiger zu retten. Die Mühe war vergebens. Arbeiterkraft und Kleinbürgertum waren stärker als das Börsejobbertum und sein Anhang, und so ist Geiger dem Volksgericht zum Opfer gefallen. Diese Niederlage des Dr. Geiger ist ein Schlag ins Kontor des Oberbürgermeisters, den dieser wohl lange empfinden wird.

Die Taktik der Sozialdemokratie hat sich glänzend bewährt. Sie hatte es abgelehnt, irgend ein Bündnis mit einer Partei zu schließen, hatte vielmehr beschlossen, von den zur Stichwahl stehenden bürgerlichen Kandidaten die anspruchsvollsten zu unterstützen, wenn sie gewisse Minimalforderungen: Erweiterung des Wahlrechts durch Herabsetzung des Steuerzensus und Eintreten für Erhaltung der Simultanstule, erfüllten. Fünf Freisinn-Demokraten und zwei Mittelständler erklärten sich dazu bereit. Die beiden Mittelständler wurden gegen Geiger und Lüscher ausgespielt, und so ist es gelungen, diese beiden Arbeiterfeinde zu verdrängen.

Auch die übrigen Freisinn-Demokraten sind mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt worden. Zum Dank dafür wird die Sozialdemokratie in der Frankfurter Zeitung heruntergemacht und der Stärkung und Unterstützung der Reaktion bezichtigt. Dabei muß man wissen, daß diese selben Demokraten in den Bezirken, wo sie die Wahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Sozialdemokraten hatten, den Nationalliberalen unterstützt haben, unbekümmert um ihre Wahlrechtsfeindschaft und die übrigen reaktionären Bestrebungen dieser Kandidaten. Ja, um die Wahl von Sozialdemokraten in einzelnen Bezirken zu vereiteln, hat man inoffiziell gemischte Zettel herausgegeben, durch die antisemitisch-reaktionäre Mittelstandskandidaten unterstützt wurden. Das alles hält aber die „ehrlichen“ Demokraten nicht ab, nachträglich der Sozialdemokratie Unehrlichkeit vorzuwerfen und triumphierend zu verkünden, daß „die demokratisch-fortschrittliche Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung bestehen bleibt“. Es stimmt: die Freisinn-Demokraten haben die Mehrheit behalten, aber nur mit sozialdemokratischer Hilfe. Was natürlich die „ehrliche“ und „anständige“ Frankfurter Zeitung verschweigt. Die Kosten dieser Wahlkampagne haben die Nationalliberalen zu tragen, die neun Mandate verloren haben: sieben an die Mittelstandsvereiner und zwei an die Sozialdemokratie. Bis jetzt gehörten der Stadtverordnetenversammlung an: 35 Freisinn-Demokraten, 20 Nationalliberale, 6 Mitglieder der Freien Vereinigung (Handwerker usw.), 1 Sozialdemokrat, 1 Antisemit und 1 Wilder. Auszufinden hatten 14 Demokraten und Freisinnige und 11 Nationalliberale. Die Freisinn-Demokraten eroberten bei der Hauptwahl drei Sitze, die Sozialdemokraten einen. Zu der Stichwahl erlangen die Freisinn-Demokraten (mit sozialdemokratischer Hilfe) elf Mandate, die Nationalliberalen zwei, die Mittelstandsvereiner sieben, die Sozialdemokraten ein Mandat. Nach Parteien gruppiert setzt sich nunmehr die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung aus: 3 Sozialdemokraten, 25 Demokraten, 10 Freisinnigen, 13 Nationalliberalen, 7 Handwerkern (Mittelständlern), 3 Ultramontanen und 3 Antisemiten zusammen. Die Wahltagation der Sozialdemokratie ist diesmal zum Teil noch den Mittelständlern zugute gekommen. Bei den nächsten Wahlen wird die Sozialdemokratie den Kampf nach zwei Fronten zu führen haben.

Soziale Rundschau.
Gewerkschaftliches.

tz. Die Malerarbeitenleute in Hamburg haben noch eine Sozialorganisation; doch macht sich das Bestreben des Anschlusses an einen Zentralverband schon längere Zeit geltend. In einer Versammlung sprach Wittmann über Zweck und Nutzen eines Zentralverbandes. Die beifälligen Ausführungen gaben Anlaß zu einer lebhaften Diskussion, in der allgemein die Notwendigkeit des Anschlusses an einen Zentralverband anerkannt ward. Im vorliegenden Falle kann nur die Vereinigung der Maler in Betracht kommen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde auch der Anschluß empfohlen und gutgeheißen. Doch soll die Malervereinigung für die Malerarbeitenleute vorerst die höchsten Beiträge fallen lassen. Der niedrigere Verdienst der Malerarbeitenleute könne eine so sprunghafte Erhöhung der Beiträge von 15 Pfg. auf 45 Pfg. nicht mitmachen, und dieser Umstand könnte zur Folge haben, daß Kollegen darum fernbleiben. Deshalb soll die Vereinigung der Maler solange noch Rücksicht haben, bis die Malerarbeitenleute den Geist der Zentralorganisation richtig erfassen, den Wert erkannt haben, durch das Verbandsorgan der Indifferenzismus aus den Reihen der Malerarbeitenleute ziemlich beseitigt ist und die Mitglieder die höchsten Beiträge als dringend notwendig erkannt haben. Sind die Malerarbeitenleute soweit aufgeklärt, haben sie den Wert der Zentralorganisation erkannt, wissen sie erst den gemeinsamen Arbeitsnachweis usw. zu schätzen, dann wird es ein Leichtes sein, sie für höhere Beiträge heranzuziehen zu können.

tz. Der Redakteur Jodanis vom Bedruf der Eisenbahner hat sich eine Anklage wegen Beleidigung nach § 186 und wegen Aufreißung verschiedener Bevölkerungsklassen (§ 180) zugezogen. In der Nr. 2 des Bedrufs stand eine Korrespondenz aus Haffel, in welcher die von der Eisenbahndirektion zur Verteilung überwiesene Weihnachtsgratifikation und die Art, wie diese vorgenommen wurde, kritisiert und bemerkt wurde, daß die Unterbeamten mit wenigen Ausnahmen leer ausgegangen wären. In der Nummer 3 des Bedrufs stand ein Artikel: Zum Nachdenken, in welchem über das Bibelwort Jesus Strach 18: „Wie der Löwe das Wild frisst in der Heide, so fressen die Reichen die Armen!“ Betrachtungen gemacht sind. Darin erblickt die

Anklagebehörde die Aufreizung und reist zur besseren Begründung einzelne Sätze heraus.

Der Angeklagte übernimmt die Verantwortung in beiden Fällen, verteidigt die Nennung der Verfasser. Den Bericht von Kassel veröffentlicht er im guten Glauben auf die Wichtigkeit der Mitteilung.

Vereine und Versammlungen.

Formen und Gleicherarbeiter.

In der am Sonnabend abgehaltenen öffentlichen Versammlung sprach Kollege Probst über das sächsische Vereinsgesetz. Anknüpfend an die Wärtage des Jahres 1848, schildert Probst, wie durch die Niederknüttelung der damaligen Bewegung das geschaffene freiwillige Vereinsgesetz verkümmert wurde.

Mitteilungen aus dem Publikum.

An die Frauen Leipzigs. Im Interesse der Leipziger Genossenschaften sowie im Eurem eignen Interesse richten wir die dringende Bitte an Euch, nach wie vor den Genossenschaften treu zu bleiben. Laßt Euch nicht durch die Unkenrufe unserer Gegner verblüffen!

Briefkasten der Redaktion.

Berge. Eine reichsrechtliche Vermögenssteuer gibt es nicht, wohl aber wird in einer Anzahl Bundesstaaten nach landesgesetzlichen Bestimmungen Vermögenssteuer erhoben, so in Preußen und Sachsen.

Auskunft in Rechtsfragen.

Anfragen in Rechtsangelegenheiten ist die letzte Abonnementsquittung beizufügen, sonst bleiben dieselben unbeantwortet.

- 1. 2. 1. und 2. Bei der Zwangsversteigerung werden Sie selber mit Ihrem Lohnanspruch nicht berücksichtigt, sondern nur solche Forderungen, die im Grundbuche auf dem betreffenden Grundstück eingetragen stehen.
- 3. Ist ein und dasselbe.
- 4. 10. 100. Wenn Sie vierteljährliche Kündigung hatten und der Vertrag nicht auf eine bestimmte Dauer fest geschlossen war, darf der Wirt die Möbel nicht zurückbehalten, wenn Sie am 31. Dezember nach ordnungsmäßiger Kündigung ausziehen und die bis dahin aufgelaufene Miete bezahlt haben.
- 5. 10. 100. Die Eltern haften nicht, wenn es sich nicht um Schulden für den Lebensunterhalt des Sohnes handelt.
- 6. D. D. in B. Die Vertretung durch einen Rechtsanwalt ist unzulässig. Als Organist werden Sie sich aber wegen der Angelegenheit an das Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin, Engelsufer 15, wenden.
- 7. G. G. 10. 100. Eingabe an die Amtshauptmannschaft.
- 8. F. F. 6. 5. Die zweijährige Frist der Verjährung beginnt mit dem Schlusse des Jahres in dem der Anspruch entstanden ist, SS 196 und 201 Bürgerl. Gesetzbuch.

Vermischtes.

Eine neue Aluminiumquelle. In der letzten Sitzung der Faraday-Gesellschaft in London ist der Vorschlag gemacht worden, die ungenutzten Latexröhren des Indiens zur Verarbeitung auf Aluminium zu benutzen. Der Latex ist eine tonige Erdrasse, die in tropischen und subtropischen Gegenden aus der Ferkung feiner Gesteine entsteht und in der Zusammensetzung dem Bauxit entspricht, aus dem das Aluminium bisher vorzugsweise gewonnen wird.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.) Donnerstag, den 1. Dezember: 283. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, weiß). Zum 1. Mal: **Clarice.**

Schauspiel in 1 Akt aus dem Englischen von W. S. Gilbert, Regie: Regisseur Hellmuth-Bräm. Herzog von Orleans, Regent von Frankreich. Dr. Schuy. Clarice, Schauspielerin. Fr. Kolowka. d'Alway, ihr Gatte. Fr. Ingh. Pauline, Clarices Schwester. Fr. Müller. Doktor Choquet. Fr. Frost. Abbe Dubois. Fr. Niebrach. de Grancy. Fr. Roden. de la Ferid. Fr. Jadel. de Courcelles. Fr. Wagner. Vicomte de Raugun. Fr. Colmar. de Broglio. Fr. Pester. Josef, Diener. Fr. Duth.

Das Stück spielt zurzeit Ludwigs XV., zu Anfang des 18. Jahrhunderts. Hierauf zum erstenmal wiederholt: **Die Weichselkaiser.** Dramatische Dichtung in 1 Akt von Wilhelm Henzen, Regie: Regisseur Hellmuth-Bräm. Maximilian I., Deutscher Kaiser. Dr. Walter. Johannes Stabius, kaiserlicher Rat und Professor. Dr. Niebrach. Albrecht Alzer. Fr. Kolowka. Ag. de, sein Weib. Fr. Richter. König von Walden. Fr. Dahn. Sebald Pflüzing, Schiffsmeister. Fr. Demme. Gundula Volkamer, sein Mündel. Fr. Balogh. Schiffsmeister. Frn. Wäffel, Penning, Bengel. Aufs. Ärtz. Frn. Scholz, Pester. Kaiserliches Gefolge. Schiffsmeister.

Die Handlung spielt etwa im Jahre 1518 im Atelier Dürers in Nürnberg. Zum Schluss: **Der Vetter.**

Auffpiel in 3 Akten von Rodolph Benedig, Regie: Regisseur Braunow. Gärtner, ein reicher Großhändler. Fr. Niebrach. Ernst, seine Kinder. Fr. Schuy. Wilhelm. Fr. Balogh. Siegel, Gärtners Vetter. Fr. Netty, Großmutter. Buchheim, ein junger Kaufmann. Fr. Colmar. Luise, Haushälterin. Fr. Richter. Ein Diener. Fr. Barwinkel.

Kauf nach dem 1. und 2. Stück. Einlaß 1/2 Uhr, Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. **Schausp.-Preise.** Billetverkauf an der Tageskasse von 10-8 Uhr. (Billetverkauf für den nächsten Tag von 1-8 Uhr. Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 80 Pfg. Aufgeld.) Spielplan: Freitag: Der Wolfenjammer, Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Wilhelm Tell, Anfang 7 Uhr. — Sonntag: Kleinz. Anfang 1/2 Uhr.

Altes Theater.

(Nachdruck wird gerichtlich verfolgt.) Donnerstag, den 1. Dezember: **Das Schwalbennest.**

Opérette in 3 Akten von M. Ordonneau. In deutscher Bearbeitung von W. Huppaport. Musik von Henri Deshay. Regie: Regisseur Haas. — DIRECTION: Kapellmeister Finkelsen. André Valdiv, Student. Dr. Heine. Ernest Briand, Student. Fr. Sturmsfeld. Jean, André's Diener. Fr. Sussill. Plantavoline, Stiefvater. Fr. Groh. Lagrignole, Postmeister und Polizeikommissar. Fr. Greiner. Pancrace, Oekonom des "Schwalbennestes". Fr. Haas. Roberte Blanchard, Nichte Plantavolines. Fr. Wegner. Pomponette, Dielerin einer Schauspielertruppe. Fr. Richard. Die Oberin. Fr. Bufe. Clorinde, Lehrerin des "Schwalbennestes". Fr. Penning. Cecile, Pensionärin. Fr. Kestermann. Ein Postkaffner. Fr. Barwinkel. Nicola, ein Bauer. Fr. Renner. Cyrilian, ein Schreiber. Fr. Schröder. Ein Student. Fr. Jök.

Reisende, Schauspielerinnen, Postkaffner, Verbergsmädche, Studenten, Pensionärinnen. Die Handlung spielt im Jahre 1775, der 1. Akt an der Poststation in Versailles, der 2. und 3. im Park des Schlosses "Zum Schwalbennest". Zum 2. Akt: Cake-Walk, arrangiert von der Ballettmeisterin Fräulein Strengmann. Pause nach jedem Akt.

Einlaß 1/2 Uhr, Anfang 1/8 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. **Gew. Preise.** Billetverkauf an der Tageskasse von 10-8 Uhr. Billetverkauf für den nächsten Tag von 1-8 Uhr an der Tageskasse (mit Aufgeld von 80 Pfg. pro Billet). Spielplan: Freitag: Jung-Heidelberg, Anfang 1/8 Uhr. — Sonnabend: Frühlingluft, Anfang 1/8 Uhr. — Sonntag nachm. 1/8 Uhr: Romeo und Julia (Vorstellung für den Leipziger Arbeiterverein). Abends 1/8 Uhr: Die Fledermaus.

Bereinigte Leipziger Schauspielhäuser.

Direktion: Anton Hartmann. Nachdruck wird gerichtlich verfolgt. **Leipziger Schauspielhaus.** Sophienstraße 17/19. Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: **Al-Hifet-Vorstellung zu halben Preisen.** **Die Mäurer.** Schauspiel in 5 Aufzügen von Friedrich v. Schiller. Regie: Regisseur Ernst Bornstedt. Der Ort der Handlung ist Deutschland zurzeit des 7jährigen Krieges. Kauf nach dem 2. und 3. Akt. Auffang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. **Halbe Preise.** Spielplan: Freitag (Auser: Abonnement): Traummusik. — Sonnabend (14. Freitag-Abonnement): Zum erstenmal: Rain. — Sonntag nachm.: Der Hötourist (Vorstellung zu halben Preisen). Abends: Traummusik.

Theater am Thomasing.

(Centraltheater.) Donnerstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr: **18. Abonnements-Vorstellung.** **Der Weiser.** Komödie in 3 Akten von Hermann Bahr. In Szene gesetzt vom Direktor Anton Hartmann. Calus Dühr. Lordar Wehnert. Violet, seine Frau. Maria E. Schut. Medizinalrat Dr. Melchior Dühr. Robert Forch. Julia, seine Frau. Minna Etidel. Franz Graf Bant. Alfred Habel. Dr. Kolono. Reinhard Wildenhain. Dr. Judor Balsam. Otto Wannen. Ida Reitel. Hedwig Reicher. Rektor Gehlrat Erlus. Elmar Striebed. Summeier, der Bürgermeister. Georg Opper. Woldeemar Wied, Redakteur der "Hahn". Wilhelm Verhoff. Klemens. Otto Doser. Ort der Handlung: Auf Schloß Kloster in Bayern. Nach dem 2. Akt findet eine längere Pause statt. Auffang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. **Gewöhnliche Preise.** Spielplan: Freitag: In Vert. — Sonnabend: Soldaten (Vorstellung zu halben Preisen). — Sonntag nachm.: Der Weiser (Vorspiel für den Verein Unterberg). Abends: Liebeskämpfe: 1. Der Kampf mit dem Drachen. 2. Heiterheit. 3. Mator dolorosa. 4. Die Vanansenschlacht.

Vorverkauf und Verkauf von Tagesbillets des Leipziger Schauspielhauses bei F. W. Coppius, Bismarck-Platz, Petersstr. 15 und für das Theater am Thomasing im Vodenhaus Aug. Polich. — Bestehe Billets müssen 15 Minuten vor Beginn der Vorstellung abgegeben sein. — Die Tageskasse in beiden Theatern ist täglich geöffnet von 10-2 Uhr, Sonntags von 11-2 Uhr.

Battenberg-Theater

Donnerstag, den 1. Dezember, abends 8 Uhr **Der Waldteufel.** Große Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannstädt. Dargest. von: Der Bibliothekar, Schwanz von G. v. Moser.

Battenberg Neuer Spielplan. **Bernhard Mörbitz**, mit neuem Repertoir. **Oberon Preiss**, Tierstimmen-Imitator. **Lora?** **William Latoure**, Opernfragmente. **Max Wessely-Troupe**, neuer Jongleur-Akt. **The Horleys**, Musikal-Akt. **Jean Prix u. Miss Anni**: "Im Barbier-Salon". **American-Bioscop**, neue Bilder-Serie. **Joe Boganny & Truppe**: "Die verrückten Bicker".

Kaiser-Panorama Geöffnet von früh 9-10 Uhr abends. Vom 27. Novbr. d. S. Degbr. ausgestellt. Wrimm-Str. 17, I. Et. Riesengohrigo, Schneeflocke u. Lindenau, Markt 17. Donaureise, Uing, Passau u. Vortzugsarten in der Buchhandlung der Volkszeitung.

Arbeiter! Genossen! Es ist Parteipflicht für jeden Genossen, energisch und unablässig für die Volkszeitung Abonnenten zu werben. Jetzt ist eine besonders günstige und erfolgverheißende Zeit für diese Tätigkeit. Thue jeder seine Pflicht, den Segnern zum Trutz, dem kämpfenden Proletariat zu Nutz. **Auf zur Agitation für die Arbeiterpresse.**

Popp Panoramas, neben der Markthalle. **Schuhwaren** kauft man gut und billig bei **Franz Petzold** [1898] **Plagwitz**, Weißgasser Straße 32.

Zahn-Atelier Frau **Minna Torton**, Blücherstraße 12. Sprechst. von 8-1, 2-7, Sonntags von 9-1. Künstl. Zähne von 1.25 an, Womben von 1 an. Reparaturen sofort. Billige Preise. Samerslose, schonende Behandlung. **Leipzig-Connewitz** **Pegauer Strasse 20, 1. Et.** **Leder** kauft man am besten und billigsten bei **August Gunt**, Volkst., Eisenbahnstr. 25. **Albert Gunt**, Lindenau, Martenstr. 25.

G. A. Krieger, Schneidernstr. noch immer jed. Sonntag, Poststr. 15, III. Etw. Bestellungen erbitte rechtzeitig, damit selb. gut ausgeführt werden und die Lieferung rechtzeitig erfolgen kann. **Zahn-Atelier** **Zahn-Ersatz** unt. Gar. ohne Entfern. d. Wurzeln **ahnziehen** schmerzlos **ahlungsweise** nach Uebereink. o. j. Preisaufohl. **B. Massloff**, Leipzig, Königsstr. 4, I.

Grösste Auswahl! **Möbel aller Art.** Federbetten von 1 Mt. an. **Bettfedernverkauf** **Lindenau, Lützner Str. 56** **P. Fleischers Warenhaus.** **Pelzwaren** **Kollers, Wuffen, Varetts** u. zu mäßigen Preisen. 20011 **Zurückgegriffene Waren** bedeutend billiger. **Brühl 53, im Laden.** **Eckimo-Weben** von **Fridtjof Rausen**, dem berühmten Nordpolfahrer. **Brachttb. Staat früher Mt. 5.-, jetzt nur Mt. 2.-.** **Volksbuchhandlung, Tauhaer Str. 19/21.**

Zigarren, Zigaretten, Tabak u. empfiehlt **A. Milantowski** **Lindenau, Lützner Str. 136.** Abonnements auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen. **Rat und Hilfe bei Frauenleiden** erteilt mit nachweislich großem Erfolg **Fr. Gossmann, f. Herren J. H. Gossmann**, Vertr. d. Naturheilkunde Vb. **Josephstr. 34.** **Tanz-Unterricht** **H. Papp, Dufourstr. 22.** Beste Ausbildung noch bis Weihnachten **Unterricht zu jeder Tageszeit.** [1904]

Naumann-Biere

behaupten ihren alten Ruf als erstklassige Biere.

M. 800 000. — Ist der Hauptgewinn (im günstigsten Falle) der 147. Königl. Sächs. Staatslotterie
Beginn 1. Kl.: am 7. Dez. 1904.
1/10 pro Klasse M. 80. — 1/10 — 1/10 — 1/10 entsprechend

Leipzig **J. G. Herrmann** Leipzig-Lindenau
Kohlenstrasse 4 Qualstrasse 1.

Lose Franz Köhler
147. Königl. Sächs. Landes-Lotterie.
Ziehung 1. Klasse am 7. und 8. Dezember 1904
empfiehlt und verfenbet

Lose 1. Klasse u. Voll-Lose
147. Königl. Sächs. Landes-Lotterie, Ziehung den 7. u. 8. Dezbr. er.
empfehlen und verfenbet zu Hauptpreisen die
Königl. Sächs. Lotterie-Kollektionen von

Albin Reichel A. Bobe vorm. Albin Reichel
Leipzig, Gerberstrasse 13 Leipzig-Remnitz
Leipzig-Gohlis, Wendestr. 41. Dreßdner Str. 68, gegenüber d. Kirche.

Leutzsch
Nr. 33 Lindenauer Straße
Den geehrten Einwohnern von Leutzsch und Umgegend teile hierdurch ergebenst mit, daß ich mein Barbier- und Friseurgeschäft von der Hauptstraße nach der Lindenauer Straße Nr. 33, vis-à-vis der Restauration des Herrn Schinnerling, verlegt habe und bitte ich die geehrten Einwohner, mich auch in dem neuen Geschäft gütigst unterstützen zu wollen.
Für gefälligen Beachtung mache ich Sie auf meine ganz neue antiseptische Bedienung aufmerksam. Mit größter Hochachtung Joseph Schwitalla.
NB. Reparaturen der Puppenklint gut und billig.

Herren-Modenhaus
Robert Martin



L.-Plagwitz
Karl-Heine-Str. 80
Am Felsenkeller

Grösstes Spezial-Geschäft
der westlichen Vororte Leipzigs für
**Herren- u. Knaben-
Garderobe**

fertig und nach Maass.
Die Neuheiten
der Winter-Saison

sind unübertroffen in **Auswahl,
Eleganz und Billigkeit.**
Auf meine **billigen Preise** und **gute
Konfektion** erlaube ich mir besonders auf-
merksam zu machen und bitte die Ausstellung
in meinen 4 grossen Schaufenstern zu beachten.

Bon! Vor jeder Dienst-
gewähre ich die
Wohnzeiten beim
Einkauf 10 Prozent Rabatt.

Achtung! Von jetzt ab bis Weih-
nachten verteile ich an
jeden Käufer gra-
tis wie alljährlich den beliebten **Abreis-
Kalender** in Form einer reizenden
Wandtasche.

Mit **3 Mark** Anzahlung

Sacques
Jackettes
Capes
streng
modern

Kleiderstoffe
in allen Farben.
Betten, Wäsche,
Gardinen etc.
verabfolge an Jeden
gegen leichtesten
Credit!
L. Cohn
Credithaus
Colonnadenstr. 34, I.
am Westplatz.

Dienstag u. Freitag Schlachtfest
Von früh 1/7 Uhr an Wellfleisch.
E. Vetzera, Taubherweg 16.

Reparatur-Werkstatt
für Nähmaschinen aller Systeme
Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.
(Frühere Firma: G. Neidlinger)
Leipzig, Augustusplatz 1.

Grösstes und ältestes [6839]
Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde
den **Original-Singer-Maschinen** der
Grand Prix, der höchste Preis der
Ausstellung, zuerkannt.

Zur gef. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen-
geschäften unter dem Namen „Singer“
angebotenen Maschinen sind einem
unserer älteren Systeme nachge-
baut, welches hinter unseren neueren
Systemen von Familien-Maschinen
in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und
Dauer weit zurücksteht.

Grösste Auswahl in modernsten
Pelz-Colliers, Muffen etc.
sowie Hüten, Mützen, Schirmen und Filzwaren
empfiehlt billigt
Georg Trautner
Leipzig-V., Eisenbahnstr. 120 (Nähe der Idastr.).
Sämtliche Reparaturen in schneller und solidester Ausführung. [19080]

Bilz Zukunftsstaat

Eine neue Staatslehre. Allen Menschen wird ein glückliches und sorgen-
freies Dasein zeitweilig gesichert. Hochinteressant für jedermann, besonders auch
für das weibliche Geschlecht, namentlich die Abschnitte „Ehe oder freie Liebe“,
„Ursache und Abhilfe des Blasenlebens junger Mädchen“ etc.
Das Werk ist eines der interessantesten, welche je erschienen sind. Es ent-
hält die wirkliche Lösung der sozialen Frage, die nur allein durch Rückkehr zur
Natur auf allen Lebensgebieten möglich ist. Es enthält auch sehr viel goldene
Lehren, die sich jeder sofort zu eigen machen kann. Das Buch findet reisenden
Auskunft, ist auch ein sehr passendes Weihnachtsgeschenk für jeden Politiker.
Viele Anerkennungsbescheine liegen vor.
Preis: A 2,50 brosch., A 4,50 geb., ca. 600 Seiten Gross-Format. Zu bes. d.
alle Buchhandl., Bilz Verlag, Leipzig, u. Bilz Naturheilmittel,
Dresden-Radebeul. Teilzahlungen gestattet. Ausführlichen Prospekt gratis.

Wollwarenfabrik Weststr. 67, pt.
empfiehlt in bekannter Güte zu Fabrikpreisen Normal Genden u. Gosen,
Strickjaden, Schünger, sow. hämt. and Wollwaren. Reliement abnorm bill.

Konkurs-Ausverkauf von Schuhwaren
zu staunend billigen Preisen
85, Nikolaistraße 85.

Kartoffeln
gutfod. Thür. Magnum bonum
verkauft zu grossen Preisen & Zentner
M. 3.35 ab Haus. [1908]
Sophienstrasse 66.

Speisekartoffeln
bellebte Thüringer Magnum bonum
werden täglich an Händler und Private
billig abzugeben Lindenau, Markt 27,
Stadt Altenburg. [19064]

Landgänse, Pfd. 88 Pfg., jeden
Freitag frisch. Zeltzer Str. 39b.

Kieler Sprotten
ff. Qualität, 4 Pfd.-Kiste 80 Pfg.
Leipz. Fischhalle, Reichstr. 34.

Familienanzeigen.

Dankagung. Zurückgekehrt vom
Grabe m. Lieb., so früh versch. Frau,
unf. gut. Mutter u. Schwester f. allen
für d. Beweise d. Liebe u. Teilnahme
unf. herzl. Dank. Dank vor all. mein.
verehrt. Gheß, Mitarbeitern u. Mit-
arbeiterinnen (Symphon. Musikv.
A.-G.) f. d. hohe u. wohl. Teilnahme
u. Unterst. Dank allen, d. mir bei d.
lang. u. schw. Krankh. u. Tode m. Rat
u. Tat, Selb. st. Dank f. d. Blumensp.
Dank all., d. unf. Liebe u. I. Ruhe begl.
Gohlis, Wödt. Str. 28, 30./11. 04
Louis Saak, Rinder und Angehörige.

Dank.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer
lieben Tochter und Schwester, **Lina Wilde**, sagen wir allen Verwandten,
Freunden, Bekannten und der Jugend unseren herzlichsten Dank. Insbesondere
innigen Dank für den schönen Gesang am Vorabend des Begräbnisses der
Sängerabteilung des Arbeitervereins zu Wödt, sowie ihren früheren Mit-
arbeiterinnen für den schönen Blumenschmuck und die ehrenvolle Begleitung
zur letzten Ruhestätte. [19088] **Familie Wilde.**

Seute früh 5 Uhr verschied nach langer, schwerer Krankheit mein innigst-
geliebter Mann, Sohn, Bruder, Schwiegerohn und Schwager, der Handelsmann
Albert Julius Röthling
im Alter von 27 Jahren. Dies zeigt hierdurch an
Mörau, den 30. November 1904.
Helene Röthling geb. Herold
nebst Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 1/2 2 Uhr vom Trauerhaus,
B.-Feldstr. 74, aus statt.